

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK



## Nach den Landtagswahlen vom 13. März: Schön eng beieinander oder: Wie fast jeder mit fast jedem kann

Wenn wir fast zwei Monate nach den Landtagswahlen vom März mit diesem Informationsbrief herauskommen, macht eine Wahlanalyse in der gewohnten Art wenig Sinn. Wir gehen davon aus, dass unsere Leserinnen und Leser auch die Tagespresse verfolgen, die Wahlergebnisse sind bekannt, die Stellungnahmen der Parteien ebenso. Die Stimmenverluste von CDU, SPD und Grünen und von der Linkspartei in Sachsen-Anhalt; der Einzug der »Alternative für Deutschland« (AfD) in alle drei Landesparlamente mit deutlich zweistelligen Ergebnissen. Dies alles bei über zehn Prozent höherer Wahlbeteiligung.

Das, was es aus unserer Sicht noch drüber hinaus zu sagen gibt, wollen wir im Folgenden tun.

### Koalitionen

Der Schock bei den sogenannten etablierten Parteien über die (erwarteten) Wahlerfolge der AfD rührt zum Teil daher, dass die Verluste in der Breite des Parteienspektrums schwierigere Koalitionsverhandlungen mit sich bringen und untypische Koalitionen erzwingen. So wird es nach gegenwärtigem Stand in Baden-Württemberg eine grün-schwarze Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann geben (eine schwarz-grüne Koalition gibt es bereits in Hessen unter dem CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier). In Rheinland-Pfalz steuert alles auf eine »Ampel«-Koalition unter der SPD-Ministerpräsidentin Malu Dreyer zu. Und in Sachsen-Anhalt wird die CDU wohl zusammen mit der SPD und den Grünen regieren. Der Eindruck liegt nahe, dass die Politiker der etablierten Parteien SPD, CDU, Grüne, FDP den Wählenden signalisieren: Ihr könnt (Protest) wählen, soviel ihr wollt, wir schaffen es doch immer wieder in die Regierung.

Dass die Linkspartei in Sachsen-Anhalt hierbei nicht mitspielt, hängt damit zusammen, dass sie von den

»Wunschpartnern« CDU, SPD und Grünen nicht gebraucht wird – Obwohl sie mit 16,3 Prozent der Stimmen immerhin deutlich vor SPD (10,6) und Grünen (5,2) liegt. Unter den gegebenen Umständen muss es der Linkspartei allerdings politisch nicht unbedingt schaden, wenn sie von den künftigen regierenden Wahlverlierern so in die Ecke gestellt wird, weil es ihr in den kommenden Jahren Gelegenheit bietet, sich als linke Opposition zu profilieren. In der Wahrnehmung vieler Menschen erscheint die Linkspartei nämlich so, »wie die anderen Parteien, ...alle gleich und nicht wählbar«, wie es der Landessprecher der Linkspartei in NRW, Ralf Michalowsky, im Interview mit der »Jungen Welt« (30.03.2016) formulierte. »Die Leute meinen: Sie halten uns für systemimmanent, und so ganz unrecht haben sie nicht.«

### Flüchtlinge

Das Thema Flüchtlinge stand und steht für die Fülle der sozialen Probleme in Deutschland. Für viele Menschen ist es offenbar zum Paradebeispiel für eine Politik geworden, die Dauerthemen wie Armut, Leiharbeit, Hartz IV und Arbeitslosigkeit mehr oder weniger vernachlässigt und stattdessen in medienwirksame Aktionen zugunsten von »Fremden« und zu Lasten der »Hiesigen« investiert. Die »Ausländer-Raus«-Krawalle, die Brandanschläge auf Wohnheime und Asylunterkünfte, die

Zu den Landtagswahlen

Ostermarsch Bruchköbel

Syrien nach der Intervention Russlands

Brennpunkt Naher Osten

Reisebericht: Östliche Türkei

Dresdner Pegida-Demonstrationen sind die extremen Ausformungen dieser Stimmungslage, an die nicht nur die AfD anzuknüpfen versuchte. Der stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Axel Troost, meinte, die Ergebnisse des Wahlsonntags hätten »einen deutlichen Rechtsruck in der bundesdeutschen Gesellschaft dokumentiert.« Dies zeige sich in erster Linie im Wahlsieg der AfD<sup>1)</sup>. Die Äußerung zeigt vor allem die Distanz des Politikers zur Wählerschaft. Es war kein Rechtsruck in der Gesellschaft – das Gefühl, vom sozialen Aufstieg abgeschnitten zu sein, existiert in weiten Teilen der Bevölkerung seit langem. Bei Wahlen drückte es sich entweder in Wahlenthaltungen in großem Stil oder in Stimmen für die »sonstigen« Parteien aus. Dass die AfD daraus Nutzen ziehen konnte, hängt eher damit zusammen, dass sie von den etablierten Parteien als Buhmann hingestellt wurde. Die AfD selbst ist eine Partei, die von ihrer Mitgliedschaft und ihren Spitzenkandidaten (vor allem in den westlichen Bundesländern) her große Ähnlichkeit zu den etablierten Parteien aufweist – mit der entscheidenden Ausnahme, dass sie die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung scharf kritisiert. Dabei gibt sie sich in ihren nationalistischen Tönen nicht schärfer als die CSU unter Horst Seehofer. Der rechte Populismus ist kein Alleinstellungsmerkmal der AfD.

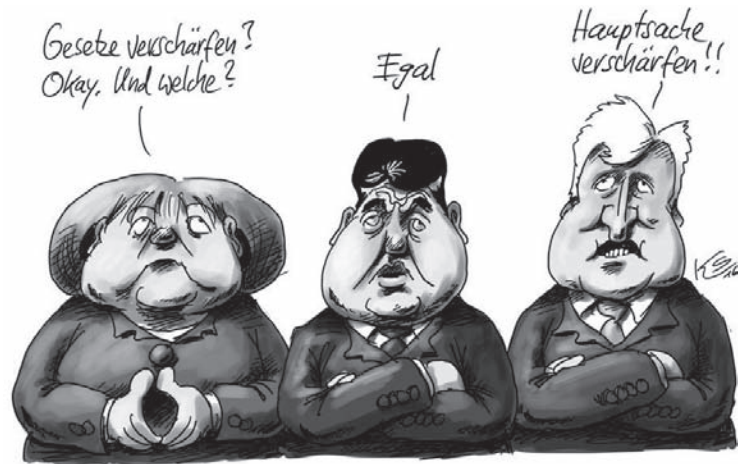
Was geschah, ist nicht so sehr ein »Rechtsruck in der bundesdeutschen Gesellschaft«, als vielmehr ein sozialer Protest mit dem Wahlzettel, von Wählern, die sich als Staatsbürger und nicht als Angehörige einer sozialen Klasse sehen.

Das hat mit sicherem Instinkt auch Sahra Wagenknecht von der Linkspartei erkannt, – um sich von der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung unter Angela Merkel zu distanzieren. Aber was folgt daraus? Was wird es den Arbeitslosen, den Hartz-IV-Aufstockern, den Leiharbeitern nützen, wenn aus dem »Das schaffen wir!« ein »Damit hat's ein Ende!« würde? Würden für sie dann goldene Zeiten anbrechen, würde ihnen Die Linke »soziale Gerechtigkeit« verschaffen? Gewiss nicht. Wie wollte sie das – selbst wenn es ihr, gegen jede Wahrscheinlichkeit, gelänge, Teil einer Bundesregierung zu werden? Arbeitslose, prekär Beschäftigte sind selbstverständlicher Bestandteil einer jeden kapitalistischen Gesellschaft; ihre wechselnde Zahl hängt ab vom Auf und Ab am Arbeitsmarkt.

## Gewerkschaften

Gewerkschaftssekretäre berichten, dass sie von Betriebsratsvorsitzenden gebeten werden, auf Betriebsversammlungen die Flüchtlinge nicht zu thematisieren. Das würde nur böses Blut in der Belegschaft geben. Auch viele Gewerkschaftsmitglieder stehen sich in der Frage Aufnahme oder Abwehr von Flüchtlingen gegensätzlich gegenüber.

Die Vorstände der Einzelgewerkschaften setzen auf Konfliktvermeidung. Wenn sie das Thema in den Mitgliederzeitschriften ansprechen, dann vorwiegend unter humanitären Gesichtspunkten.<sup>2)</sup> Aber es ist und bleibt doch ein politisches und sozialpolitisches Thema. Die Öffnung der Arbeitsmärkte, die freie Verfügbarkeit der Ware Arbeitskraft für die Ausbeutung in der kapitalistischen Produktion steht seit jeher auf dem Programm der Bourgeoisie. Politisch rückständige Schichten der Arbeiterklasse haben auch in der weit zurückliegenden Vergangenheit dafür ge-



worben, den Arbeitsmarkt gegen auswärtige Konkurrenz abzuschotten. Das ist ihnen nie wirklich gelungen – wie ja auch Lohnabhängige aus diesen Ländern selbst als Arbeitsmigranten in andere Teile der Welt wanderten. Und es hat die Stellung der Arbeiterklasse in Ländern, wo die Einwanderung streng gesteuert wurde, wie in England, Kanada oder Australien, niemals wirklich verbessert. Auch dort blieb es die Konjunktur und insbesondere die Weltkonjunktur, die die Lebenshaltung der Werktätigen bestimmte.

Wir müssen es akzeptieren, dass es unter den Kolleginnen und Kollegen in einer so wichtigen Frage Meinungsverschiedenheiten gibt. Aber wir können es nicht akzeptieren, dass die Differenzen totgeschwiegen und nicht Gegenstand politischer Diskussionen in den Gewerkschaften werden. Wir sind der Meinung, dass diese Konflikte dazu genutzt werden sollten, in Diskussionen auch innerhalb der Gewerkschaften Klassenstandpunkte zu entwickeln und rechtspopulistischer Demagogie und Illusionsmacherei entgegenzuwirken. ■

## INHALT: Jahrgang 57 Heft Nr. 2 · I. Mai 2016

Landtagswahlen: Schön eng beieinander . . . . .	1
Rede zum Ostermarsch von Ulrike Eifler, DGB . . . . .	3
Syrien nach der Intervention Russlands . . . . .	5
Seit mehr als 150 Jahren: Brennpunkt Naher Osten . . . . .	12
Staatsterror gegen Kurden, Anmerkungen zu einer Reise . . . . .	15
Aus den Notizen des Fotografen dieser Bilder . . . . .	16

# Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Karaberis  
 Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des  
 Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 GFSA e.V. · Postbank Hamburg · Kto 410 077 205 · BLZ 200 100 20  
 IBAN: DE28 2001 0020 0410 0772 05 · BIC: PBNKDEFF  
 Zuschriften nur an: »GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
 e-mail: arpo.berlin@gmx.de · Internet: www.arbeiterpolitik.de

1) <http://www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/artikel/was-folgt-aus-dem-rechtsruck/>  
 2) Eine rare Ausnahme ist die Stellungnahme von Gewerkschaften im Main-Kinzig-Kreis, die wir in unser letzten Ausgabe Nr. 1/2016 dokumentierten.





Demonstration in München

## Dokumentiert:

**Ostermarsch, Bruchköbel, 25.03.2016**  
**Rede von Ulrike Eifler, Regionsgeschäftsführerin**  
**des DGB Südosthessen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Friedensfreunde,

auch von meiner Seite ein herzliches Hallo. Lasst mich aus aktuellem Anlass zwei, drei grundsätzliche Bemerkungen zur Stimmung in diesem Land machen.

Denn der Kapitalismus produziert nicht nur Kriege – er produziert auch rassistische und manchmal sogar faschistische Ideologien – und ich denke, auch das sollte Thema sein beim diesjährigen Ostermarsch.

Kolleginnen und Kollegen, die Stimmung in unserem Land ist hoch polarisiert. Wir erleben auf der einen Seite, wie Hunderttausende sich tagtäglich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Und wir erleben auf der anderen Seite, Rassisten verstecken sich nicht mehr in den hintersten, dunkelsten und schmutzigsten Ecken dieser Gesellschaft – denn dort gehören sie hin – nein, sie laufen wieder selbstbewusst durch die Straßen und zünden Flüchtlingsunterkünfte an oder stellen sich mit Fackelzügen bewusst in die Tradition des Nationalsozialismus – wie wir es am 30. Januar in Büdingen erleben mussten. Dass die AfD nun in den Parlamenten sitzt, ist der politische Ausdruck dieser Stimmung und kann dazu führen, den Rechtsruck in der Bundesrepublik parlamentarisch abzusichern.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter muss uns diese Entwicklung mit Sorge erfüllen.

Denn wenn die Entsolidarisierung in dieser Gesellschaft, die durch die neoliberale Politik der letzten dreißig Jahre massiv vorangetrieben wurde, sich weiter verschärft, dann wird es auch schwieriger, dass die Kollegen im Betrieb zusammenstehen. Und wenn wir uns im Betrieb uneinig sind, dann profitiert vor allem der Chef. Der aktuelle Rechtsruck ist besorgniserregend. Besorgniserregend ist, dass eine Bevölkerungsgruppe systematisch ausgegrenzt und entrechtet wird. Besorgniserregend ist, dass sich der Mob auf der Straße zusammenrottet, um selbst Hand anzulegen. Besorgniserregend ist, dass die Militarisierung unserer Gesellschaft mit großen Schritten voranschreitet und wir in den Abendnachrichten präsentiert bekommen,

ob deutsches Kriegsgerät funktioniert oder nicht. Besorgniserregend ist, dass rassistische Töne sich nicht mehr auf rechtsextreme Foren beschränken, sondern Teil der öffentlichen Diskussion geworden sind. Dabei ist die Entmenschlichung der Sprache momentan das alarmierendste Anzeichen einer allgemeinen Barbarisierung. Wenn Innenminister De Maiziere in die Maghrebstaaten reist, um das Flüchtlingsproblem zu lösen, oder Horst Seehofer den angeblichen Run auf unsere sozialen Sicherungssysteme bis zur letzten Patrone verteidigen möchte.

Kolleginnen und Kollegen, das alles ist so besorgniserregend, dass man manchmal das Gefühl hat, es geht um mehr als nur um eine rassistische Stimmung, es geht um den Umbau unserer Gesellschaft, und man hat manchmal das Gefühl, wir sind über die Anfänge eines neuen Faschismus schon weit hinaus.

»Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich!«, hat Mark Twain einmal gesagt.

Wir sollten den Faschismus nicht herbeireden, denn noch haben wir keinen Faschismus, noch haben wir es in der Hand. Wir sollten die Gefahr eines neuen Faschismus aber auch nicht vom Tisch wischen.

Die AfD ist die gefährlichste aller Parteien am rechten Rand, die es jemals in der Nachkriegsgeschichte gegeben hat und zwar aus drei Gründen:

Erstens: Als ehemalige Professorenpartei gibt sie einen seriösen Anstrich und strahlt damit weit ins bürgerliche Lager hinein. Aber die AfD ist keine seriöse Partei: Der Fuldaer Spitzenkandidat Martin Hohmann spricht von Juden als Tätervolk.

Der Direktkandidat im Rheinland-Pfalzkreis Stefan Scheil vertritt die These, dass Nazideutschland die Sowjetunion nur überfallen habe, um einem Angriff auf Deutschland zuvorzukommen.

Der Mitarbeiter der Landtagsfraktion in Thüringen, Torben Braga, hat kürzlich bekundet: »Wenn jemand sich zu Deutschland bekennt und deutscher Abstammung ist, kann er bei uns aufgenommen werden«. Und der Fraktionsvorsitzende Björn Höcke vertritt die Position, dass Deutschland seit 70 Jahren durch die Weltgeschichte dämmere und dass es nun an der Zeit sei, den politischen Gegner ins Abseits zu befördern.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, die AfD ist keine Partei wie alle anderen, sie ist ein Sammelbecken

von Neofaschisten. Ihr Ziel ist es, die auseinanderstrebenden Teile der extremen Rechten wieder zu bündeln und eine neue starke rechte Partei aufzubauen. Deshalb sind zahlreiche Mitglieder der extremen Rechten bereits aus anderen Parteien zur AfD übergetreten und haben dort ihr Netzwerk aufgebaut.

Zweitens: Die AfD tritt mehr und mehr als Bewegungspartei in Erscheinung, sie setzt auf Straßenprotest, sie sucht offen den Schulterschluss mit Anti-Flüchtlings-Initiativen und sie scheut sich nicht, mit extrem rechten Gruppierungen aufzumarschieren. Insbesondere die Massenkundgebungen in Erfurt und Dresden zeigen deutlich, dort, wo diese Kräfte sich ungestört versammeln können, verbreiten sie Angst und Schrecken, sie werden selbstbewusst und gewinnen neue Aktive, während es ihre Gegner demoralisiert. Deshalb muss es darum gehen, ihre Aufmärsche und Kundgebungen zu verhindern.

Drittens: Der Aufbau der AfD fällt in eine Zeit einer tiefen sozialen Krise. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse, der Abbau von Sozialleistungen, die fehlenden bezahlbaren Wohnungen, die beschämende Altersarmut und nicht zuletzt der schändliche Umgang mit Erwerbslosen sind der perfekte Nährboden für rassistische Hetze. 80 Prozent der AfD-Wähler geben soziale Gerechtigkeit als zweitwichtigstes Anliegen an. Das wärmende Gefühl der sozialen Gerechtigkeit wurde durch die Politik der letzten Jahre ersetzt durch massive Abstiegsängste.

Einmal mehr sollten wir klar benennen: Wir haben keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit. Es sind nicht die Flüchtlinge, die unsere sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Kassen stürmen, sondern die Reichen und Superreichen, die hierzulande immer weniger Steuern zahlen müssen.

Und anstatt von der Kriminalität geflüchteter Menschen sollten wir endlich wieder über die kriminellen Spekulationsgeschäfte der Banken und die milliardenschweren Steuergeschenke an die Verursacher der Krise reden.

Kolleginnen und Kollegen, wenn ich mit meiner Tochter, die inzwischen fast dreizehn ist, über den deutschen Faschismus rede, dann hat sie die Schwarz-Weiß-Bilder aus ihrem Geschichtsbuch und all die schrecklichen und grausamen Dinge im Kopf, die man sich lieber nicht vorstellen möchte und die eigentlich auch nicht so recht in unsere schöne bunte Welt passen.

Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass wir den Faschismusbegriff wieder in die Gegenwart holen müssen. Wir müssen darüber reden, was das Wesen von Faschismus ist, auch um eine Vorstellung davon zu bekommen, in welche Richtung sich die AfD entwickeln kann.

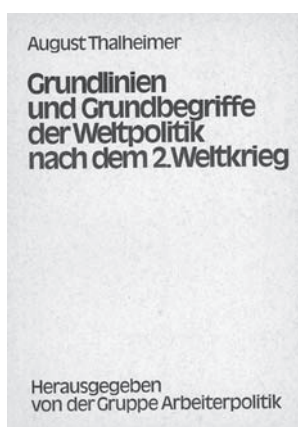
Es ist wichtig zu verstehen, dass der Faschismus sich nicht kopiert, sondern äußerst anpassungsfähig ist, dass es ihm im Kern darum geht, eine Massenbewegung aufzubauen, die einen extremen Nationalismus verinnerlicht hat.

Wir alle wissen: In den dreißiger Jahren wurde der Faschismus zu einer Machtoption für das Kapital. Er wurde es deswegen, weil er eine gewalttätige und kleinbürgerliche Massenbewegung ins Feld führen konnte.

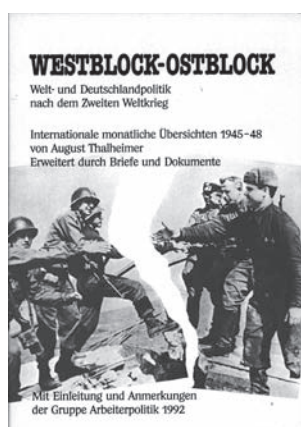
Er hatte die Aufgabe, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen und die ganze Klasse in einem Zustand der erzwungenen Zersplitterung zu halten.

Das alles geschah nicht von heute auf morgen und weil jemand einen Schalter umgelegt hätte, nein, es war ein schleichender Prozess.

Kolleginnen und Kollegen, lasst mich deshalb schließen mit den Worten von Erich Kästner, die heute gar nicht oft genug zitiert werden können: »Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. Man darf nicht warten, bis der Freiheitskampf Landesverrat genannt wird. Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist. man muss den rollenden Schneeball zertreten. Die Lawine hält keiner mehr auf. Sie ruht erst, wenn sie alles unter sich begraben hat. Diktaturen lassen sich nur bekämpfen, bevor sie an die Macht kommen. Das ist Fazit dessen, was uns 1933 widerfuhr.« ■



August Thalheimer  
**Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg**  
1946, Gruppe Arbeiterpolitik,  
32 Seiten A5, 1,50 EUR



August Thalheimer  
**Westblock – Ostblock 1945 – 1948**,  
Internationale monatliche Übersichten  
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992,  
460 Seiten A5, 7,50 EUR



August Thalheimer  
**Die Potsdamer Beschlüsse**  
1945, Gruppe Arbeiterpolitik,  
32 Seiten A5, 1,50 EUR



»Beiträge zur Diskussion«  
**Weisse Flecken**  
Über die tatsächliche Geschichte der SU  
Dezember 1988-90, Gruppe Arbeiterpolitik,  
74 Seiten A4, 4,00 EUR





# Syrien – nach der Intervention Russlands: Krisendiplomatie und Gespräche in Genf

Sowohl in der Ukraine als auch in Syrien haben wir es mit zwei »eingefrorenen« Konflikten zu tun. Durch das Minsker Abkommen von September 2014 als auch durch die jüngst verkündete Waffenruhe in Syrien soll eine direkte militärische Konfrontation zwischen Russland und der NATO vermieden werden. Das liegt momentan im Interesse beider Seiten. Weder die NATO noch Russland wollen, dass die Konflikte in Syrien völlig außer Kontrolle geraten und sie durch eine Eskalation von ihren regionalen Verbündeten in eine militärische Konfrontation hineingezogen werden. Dennoch bleibt die Frage offen, ob es ihnen angesichts der gegensätzlichen, sich widersprechenden Interessen gelingt, eine Kompromisslinie zu finden, die wenigstens vorübergehend Bestand haben kann. Der syrische Bürgerkrieg ist längst zu einem Stellvertreterkrieg geworden, in dem sowohl die verschiedenen Regional- als auch die Weltmächte um taktische und strategische Vorteile, um ihren Einfluss im Nahen und Mittleren Osten ringen. Es geht darum, wer neben Israel, der weitaus stärksten regionalen Militärmacht, eine einflussreiche Rolle bei der Gestaltung des Nahen Ostens übernehmen kann und wer ausgeschlossen bleibt. Im syrischen Stellvertreterkrieg versuchen die USA mit ihren Verbündeten die Achse von Teheran über Damaskus zur libanesischen Hisbollah zu zerstören oder entscheidend zu schwächen. Mit dem Fall der syrischen Regierung, dem letzten Verbündeten Russlands, wäre zugleich Moskaus Einfluss entscheidend beschnitten. Die besondere Rolle Syriens erklärt sich aus dem Grundsatzkonflikt zwischen Israel und Palästina, den die USA trotz zahlreicher diplomatischer Bemühungen bis heute nicht entschärfen konnte.

Wir wollen nicht den Verlauf des Bürgerkriegs im Detail nachzeichnen und begnügen uns mit der Darstellung der Konfliktlinien und der gegensätzlichen Interessen der beteiligten Mächte. Wie eine zukünftige Regelung aussehen wird, ob sie überhaupt zustande kommt, ist nicht absehbar. Die Gefahr einer weiteren Ausweitung des Krieges und damit einer militärischen Konfrontation zwischen der NATO und Russland ist nicht gebannt.

## Die Revolte in Syrien

Auslöser der Protestbewegung in Syrien war der arabische Frühling in Tunis und Kairo. Die Ursachen liegen tiefer. Präsident Assad hatte die Wirtschaft des Landes dem Weltmarkt als auch ausländischen Investoren geöffnet. So überfluteten billige Waren, auch aus der Türkei, das Land. Die heimische Wirtschaft war dem Druck der internationalen Konkurrenz nicht gewachsen. Verschärft wurde die soziale Situation durch eine seit 2006 anhaltende Dürre, die

800.000 Menschen aus den ländlichen Gebieten in die städtischen Metropolen trieb. Wohnungsnot, steigende Lebensmittelpreise und die zunehmende Arbeitslosigkeit bildeten den Nährboden für die Revolte, die im März 2011 Teile des Landes erfasste. Vor allem die städtische Jugend aus den ärmeren Stadtvierteln rebellierte gegen ihre soziale Perspektivlosigkeit und gegen eine Regierung, deren Repräsentanten sich trotz oder gerade wegen der wirtschaftlichen Öffnung mit einer immer stärkeren staatlichen Repression an der Macht zu halten versuchten und die sich selbst bereicherten. Die Baath-Partei stützte sich dabei im Wesentlichen auf die alawitische Minderheit im Land, die sich entscheidenden Einfluss im Staatsapparat und im Militär sichern konnte und nie bereit gewesen war, andere Bevölkerungsgruppen an der politischen Macht zu beteiligen. Die Proteste weiteten sich zwar rasch aus und führten zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit desertierten sunnitischen Offizieren und Soldaten und zur Gründung der Freien Syrischen Armee (FSA); sie erfassten aber weder die religiösen Minderheiten noch die sunnitische Geschäftswelt.

Die Opposition gegen das Assad-Regime zeigte sich zudem gespalten. Während vor allem die im »Nationalrat« (im August 2012 gegründet, Sitz in Istanbul) vertretenen Gruppierungen und Milizen auf die militärische Unterstützung des Auslandes setzten, lehnt ein Oppositionsbündnis, bestehend aus säkularen und linken Parteien einschließlich der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) ausländische Interventionen ab. Das Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel wurde im September 2011 gegründet und hat seinen Sitz in Damaskus. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wird in unseren Medien die Existenz des Koordinationskomitees verschwiegen. Zur »Stimme des syrischen Volkes« wurden medial die FSA und der Nationalrat erhoben, die als Instrumente der westlichen Intervention gebraucht wurden.

„Die Freie Syrische Armee (FSA), die in westlichen Hauptstädten unter dem Etikett »gemäßig« gehandelt wird, ist [...] weniger eine Armee als vielmehr ein loser Zusammenschluss lokaler und regionaler Milizen ohne gemeinsames Oberkommando. [...] Auch hat die FSA es nicht geschafft, in den von ihr kontrollierten Gebieten eine funktionierende Zivilverwaltung aufzubauen. Seit dem Erstarken islamistischer Gruppen gerät sie mehr und mehr in die Defensive, und viele ihrer Kämpfer sind übergelaufen zum Islamischen Staat.«<sup>1</sup> Neben dem IS ist es nur der YPG gelungen, in den

1) Michel Lüders in seinem 2015 erschienen Buch: »Wer den Wind sät...«

kurdischen Siedlungsgebieten eine zivile Selbstverwaltung aufzubauen, die sowohl Ausstrahlungskraft auf die Bevölkerung in den kurdischen Städten als auch auf die politische Linke in der Türkei hat.

### **Vom Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg: NATO will »regime change« erzwingen**

»Im Februar 2012 entstand auf Initiative des französischen Präsidenten Sarkozy die ›Gruppe der Freunde des syrischen Volkes‹, in der sich die Gegner Assads, der Westen, die Türkei und die Golfstaaten, zusammenschlossen. Unter Federführung Washingtons setzten sie alles daran, Assad zu stürzen.«<sup>2</sup> Zwar hatten die »Freunde des syrischen Volkes« jahrelang mit Assad kooperiert, nachdem dieser auf Druck des Westens, die Wirtschaft des Landes internationalen Investoren geöffnet hatte. Dennoch galt die Assad-Regierung als ein unsicherer Verbündeter, weil sie sich nicht vorbehaltlos den Interessen Washingtons, Saudi Arabiens und der Golfstaaten beugen wollte. Stattdessen hielt die Regierung in Damaskus als letzter arabischer Staat am Bündnis mit dem Iran fest und fungierte weiterhin als Schutzmacht, Finanzier und Waffenlieferant der schiitischen Hisbolah im Libanon. »Damaskus wurde, wie in solchen Fällen üblich, mit Sanktionen überzogen, Assad zur Unperson schlechthin stilisiert (›Schlächter‹, ›Hitler‹), eine Opposition aufgebaut, zunächst Nationalrat dann Nationale Koalition geheißen, die mit Sitz in Istanbul die Machtübernahme in Syrien vorbereiten sollte.«<sup>3</sup>

Durch den Sturz von Assad wollte die NATO den wachsenden Einfluss des Iran – des regionalen Kontrahenten Saudi Arabiens – zurückdrängen. Zugleich hätte man den letzten Verbündeten Moskaus in der Region beseitigt, der auch noch der russischen Kriegsmarine einen Mittelmeerraum zur Verfügung stellt. Die politische, finanzielle und militärische Unterstützung der Aufständischen – auch das Einschleusen ausländischer Kämpfer lief über die Türkei und Jordanien. Was als soziale Revolte begann, mündete – befeuert durch die ausländische Intervention - relativ rasch in einen Bürgerkrieg, der immer stärker entlang ethnischer und religiöser Grenzen verlief. Die Erwartung der NATO und ihrer regionalen Verbündeten, der Bürgerkrieg würde ohne direktes militärisches Eingreifen durch eigene Bodentruppen zu einem Sturz von Präsident Assad führen, hat sich allerdings bis heute nicht erfüllt.

### **Die Kräfteverhältnisse im syrischen Bürgerkrieg**

Syrien ist nach fünf Jahren Bürgerkrieg de facto viergeteilt. Die von den Regierungstruppen beherrschten Landesteile umfassen die alawitischen Siedlungsgebiete und die wirtschaftlichen Lebensadern des Landes. Unter Führung der YPG, die sich als Verbündete der PKK aus der Türkei versteht, haben sich im Norden und Nordosten in den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten lokale und autonome Selbstverwaltungen herausgebildet. Anfang 2014 schlossen sie sich zum unabhängigen Teilstaat Rojava zusammen. Im Osten, an der irakischen Grenze und in den zentralen Provinzen des Landes konnte sich der »Islamische Staat« (IS) durchsetzen. Er kontrolliert auch große Gebiete in den angrenzenden irakischen Provinzen und duldet keine konkurrierende/rivalisierende Kraft in seinem Einflussbereich. In den übrigen, nicht mehr von den Regierungstruppen kontrollierten bzw. umkämpften Gebieten, tummeln sich eine Vielzahl von Milizen der unterschiedlichsten Ausrichtungen, u.a. die Al Nusra Front, der syrische Ableger von Al Kaida. Nicht zu vergessen sind die Milizen der religiösen

2) ebenda

3) ebenda

---

---

## **Kampf jeder gegen jeden**

»Mittlerweile ist der Krieg in Syrien dermaßen metastasiert, dass man besser nicht von einem, sondern von mehreren bewaffneten Auseinandersetzungen und Frontlinien gleichzeitig spricht. Das britische Militär-Fachjournal ›Jane's Defense Weekly‹ bezifferte die Zahl der Gruppen, Grüppchen, Banden, Milizen Ende 2013 auf mehr als 1000. Die Grenzen zwischen politisch motivierter Gewalt und gewöhnlicher Kriminalität, etwa Entführungen oder Raubüberfälle, verlaufen dabei fließend. Abgesehen von den beiden größten Milizen, der Nusra-Front und dem ›Islamischen Staat‹ sind die meisten Kämpfer nicht ideologisch motiviert, sondern versuchen ihr eigenes Überleben zu organisieren. Oder sie verteidigen ihr Dorf, ihren Clan, ihre Gruppe. Feste Überzeugungen haben sie nicht, wer am besten zahlt oder am stärksten ist, dem schließen sie sich an.«

**Michel Lüders in seinem 2015 erschienen Buch:  
»Wer den Wind sät...«**

---

---

Minderheiten, wie bspw. der Christen, die an der Seite der syrischen Armee kämpfen. Sie sehen in der Fortsetzung der säkularen Herrschaft durch die Baath-Partei das kleinere Übel gegenüber einem Sieg fanatischer, sunnitischer Glaubenskämpfer. Der militärisch schwächste Teil ist wohl die von den USA und der EU favorisierte »demokratische bzw. gemäßigt islamische Opposition«. So schlug der Versuch der USA fehl, sich aus diesen Kräften durch Ausbildung, Training und Bewaffnung eine eigene 5.000-Mann starke Eingreiftruppe am Boden zu schaffen.

Nachdem der IS durch seine militärischen Erfolge zu einer Bedrohung für die amerikanischen und europäischen Pläne wurde, setzten diese verstärkt auf die Unterstützung kurdischer Milizen. Sie sollen – parallel zu den Luftschlägen – den IS am Boden bekämpfen. Vor allem die kurdischen Peschmerga aus dem Nordirak werden von der BRD mit leichten Waffen ausgerüstet und durch Bundeswehrsoldaten trainiert. Die Regierung der autonomen kurdischen Region im Nordirak unterhält enge Beziehungen zum Westen und lehnt sowohl die PKK als auch die YPK ab. Von der Ende Februar in Genf vereinbarten Feuerpause sind der IS und die Al Nusra Front ausgenommen.

### **Der IS, ein Produkt des Irak-Krieges und seiner Nachkriegsordnung**

Gegründet wurde der »Islamische Staat« in den von sunnitischen Stämmen bewohnten Landesteilen im Osten des Irak als Abspaltung des dortigen Al-Kaida-Ablegers (siehe »Arbeiterpolitik« Nr.4/2014). Die von den USA im Irak installierte Nachkriegsordnung schloss die sunnitische Bevölkerung, die unter Saddam Hussein die Schlüsselpositionen im Partei- und Staatsapparat als auch im Militär innehatte, systematisch von der Regierungs- und Machtbeteiligung aus. Die Baath-Partei wurde verboten und in die Illegalität gedrängt, die alte irakische Armee aufgelöst. Im April 2006 wurde der von den USA favorisierte schiitische Politiker El Maliki zum Ministerpräsidenten gewählt. »Er installierte in den oberen Rängen des Militärs und der Geheimdienste fast ausschließlich Schiiten und ging offen gegen Sunniten vor. Eine Kommandozentrale für mehrere Elitetruppen war ihm persönlich unterstellt und unterlag keinerlei gesetzlicher Kontrolle.«<sup>4</sup>

4) Michel Lüders in seinem 2015 erschienen Buch: »Wer den Wind sät...«





**Brotverteilung in Kobane  
durch die kurdische Stadtverwaltung**

So schuf der Regime-Change im Irak neue Konflikte und Auseinandersetzungen, die bis heute nicht gelöst werden konnten. Der Irak befindet sich in einem latenten Bürgerkrieg und ist de facto dreigeteilt – neben den von der schiitischen Bevölkerungsmehrheit bewohnten und von der Regierung kontrollierten Landesteilen etablierte sich im Norden eine de facto autonome kurdische Region, die westlichen, mehrheitlich sunnitischen Provinzen befinden sich großteils unter der Kontrolle des IS. Der konnte auf zahlreiche, auch militärisch geschulte und erfahrene Kader des alten Baath-Regimes zurückgreifen, die sich der bewaffneten Opposition gegen die von den USA etablierte Ordnung im Irak anschlossen.

Sie kämpfen mittlerweile nicht unter dem säkularen Banner der irakischen Baath-Partei, sondern unter den religiösen Symbolen des IS. Die militärischen Erfolge des IS im Irak und in Syrien drohen die nur mühsam aufrecht erhaltene Stabilität in der Region weiter zu zerstören. Mit dem Zerfall der staatlichen Institutionen im Irak und Syrien wird fast zwangsläufig auch die territoriale Einheit beider Länder in Frage gestellt. So umfasst das vom IS ausgerufenen Kalifat ein Gebiet, das sowohl syrisches als auch irakisches Territorium umfasst.

Eine weitere Gefahr ist mittlerweile die weltweite Anziehungskraft des IS, nicht nur in den moslemisch geprägten Staaten Afrikas und Asiens. Er findet auch immer mehr Anhänger unter den Jugendlichen moslemischer Einwanderer in europäischen Staaten, vornehmlich aus den sogenannten Problemvierteln. Für sie hat die »westliche Wertegemeinschaft« oft nicht mehr zu bieten als die Tristesse der Vorstädte, als soziale Ausgrenzung, prekäre Jobs und Arbeitslosigkeit. Sie stellen sich dem Islamischen Staat zur Verfügung – als Kämpfer in Syrien und/oder durch Anschläge in ihren Heimatländern, wie in Brüssel, Paris oder Ankara. Der IS ist in der Lage, wie er durch seine Propagandavideos stolz verkündet, den Krieg auch in die Hauptstädte seiner Feinde zu tragen.

### **Die Interessen der internationalen Akteure im syrischen Bürgerkrieg**

Wir wollen im Folgenden die Interessen der beteiligten Kriegsparteien und die Hauptkonfliktlinien zwischen ihnen darstellen. Die diplomatischen Noten und die politischen Absichtserklärungen der Akteure tragen kaum zum Verständnis bei. Sie vernebeln mehr, als sie erklären, und dienen in erster Linie dazu, in der jeweiligen Bevölkerung und in der »Weltöffentlichkeit« das eigne Handeln

zu rechtfertigen und Unterstützung zu finden. Schon die Wahl der Bündnispartner (Türkei und Saudi-Arabien) macht deutlich, dass es der US-Regierung und ihren europäischen Verbündeten nicht um die Beseitigung einer Diktatur und die Etablierung einer Demokratie und der »westlichen Werte« geht. Auch die russische Führung verbirgt ihre strategischen Interessen hinter der Formel, dass sie der Bitte einer legitimen Regierung nachkomme und damit das Selbstbestimmungsrecht des syrischen Volkes schütze.

Selbst der von allen Akteuren beschworene gemeinsame Kampf gegen den internationalen Terrorismus wird völlig unterschiedlich interpretiert und umgesetzt. Die türkische Regierung versteht darunter in erster Linie die militärische Bekämpfung der kurdischen Autonomiebestrebungen.

Für sie sind die PKK und die YPK terroristische Organisationen. Deshalb ihre Aufforderung an die USA, sie müssten sich entscheiden, ob sie mit dem NATO-Partner Türkei oder den kurdischen Milizen ein Bündnis eingehen wollen. Die Vereinigten Staaten wollen die militärischen Schläge auf die von dem IS beherrschten Gebiete beschränken. Die syrische Regierung und ihre russische Partner betrachten einen großen Teil der Mitglieder des Nationalrats als terroristische Organisationen und verweisen auf die Unterstützung des IS durch das türkische Militär und den Geheimdienst.

### **Saudi-Arabiens Kampf um eine regionale Vormachtstellung**

Die Interessen Saudi-Arabiens und der mit ihr verbündeten Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) lassen sich kurz zusammenfassen. Sie versuchen zu verhindern, dass eine konkurrierende Regionalmacht ihre durch die USA abgesicherte Dominanz im arabischen Raum in Frage stellen kann. So gehörten 2003 die Regierungen der Golfstaaten zu den eifrigsten Unterstützern des von den USA und der »Koalition der Willigen« geführten Krieges gegen den Irak, der mit seinen regionalen Ambitionen als Bedrohung galt. Mit dessen militärischer Niederlage wuchs zwangsläufig die Bedeutung des Iran. Der Irak wurde auf unabsehbare Zeit wirtschaftlich und militärisch geschwächt und droht zu zerfallen. In Bagdad selbst übernahmen Politiker der bis dato unterdrückten schiitischen Bevölkerungsmehrheit die Regierungsgeschäfte und beendeten die seit Jahrzehnten bestehende Konfrontation mit dem Nachbarn. Das saudische Königshaus zählte deshalb zu den eifrigsten Befürwortern des Wirtschaftsembargos gegen den Iran, dessen Aufstieg zu einer wirtschaftlichen und militärischen Regionalmacht es unter allen Umständen verhindern will. Den im letzten Jahr abgeschlossenen Atom-Deal befürwortete es auf Druck der USA deshalb nur widerwillig.

Es ist nicht der einzige Stellvertreterkrieg, den Saudi-Arabien und die VAE führen. Seit im Jemen die schiitischen Huthi-Rebellen die saudische Regierung stürzten und in das saudische Exil trieben, greift dessen Luftwaffe in den Bürgerkrieg ein. Es soll auf der arabischen Halbinsel keine Regierung geben, die einen pro-iranischen Kurs fahren könnte. So vermischen sich die außenpolitischen Ambitionen der Golf-Monarchien mit den innenpolitischen Konflikten auf der arabischen Halbinsel selbst. Die Bevölkerung, die der schiitischen Glaubensrichtung angehört, gilt den Herrschern als Gefahrenherd und potentieller Verbündeter Teherans. Revolten der sozial benachteiligten und von jeglicher politischer Teilhabe ausgeschlossenen Schichten wurden und werden deshalb brutal niedergeschlagen

– so beispielsweise im März 2011 in Bahrein, wo 65 Prozent der Bevölkerung der schiitischen Glaubensrichtung angehören. Deren Revolte ließ sich nur mit Hilfe des Golf-Kooperationsrates, durch die Entsendung von Polizei- und Militäreinheiten aus Saudi-Arabien niederwalzen.

### **Die außenpolitischen Ambitionen der Türkei und der Kampf gegen kurdische Autonomiebestrebungen**

Am 24. März 2013 schrieb die New York Times: *»Mit Hilfe der CIA haben arabische Regierungen und die Türkei ihre militärische Unterstützung für oppositionelle Kämpfer in Syrien erheblich ausgeweitet. Das betrifft insbesondere die geheime Versorgung durch eine Luftbrücke, die den Nachschub an Waffen und Kriegsgerät für den Aufstand gegen Präsident Baschar al-Assad sicherstellt. [...] Die Luftbrücke begann Anfang 2012 in kleinem Maßstab und wurde bis in den Herbst 2012 hinein betrieben. Seither wurde sie erheblich ausgeweitet. [...] Mehr als 160 Frachtflugzeuge des Militärs jordanischer, saudischer und katarischer Kennung sind mittlerweile auf dem Esenboga Flughafen bei Ankara [...] gelandet.«*

Auch für die türkische Regierung gaben außenpolitische Ambitionen und innenpolitische Überlegungen den Ausschlag für die Intervention in den syrischen Bürgerkrieg. Seit ihrer Amtsübernahme versucht die AKP – als Vorbild für islamisch regierte Länder – den türkischen Einfluss in der Region auszuweiten. Sie greift dabei rhetorisch auf die alten Ideale und die ehemalige Größe des alten Osmanischen Reiches zurück und betont ihre »Schutzfunktion« für die turkmenischen Minderheiten in den angrenzenden Ländern. Mit der medienwirksamen Unterstützung der Hamas durch die Entsendung der sogenannten Gaza-Flotte sowie durch die Unterstützung der von der Moslembrüderschaft geführten Regierung in Kairo sollten neue Bündnisse unter der Führung Ankaras geschmiedet werden. Das hatte zum Zerwürfnis mit der israelischen Regierung geführt, die das Schiff nach Gaza militärisch kaperte, wobei zahlreiche türkische Besatzungsmitglieder ums Leben kamen.

Ein Erfolg der Pläne aus Ankara hätte die Bedeutung der Türkei innerhalb der NATO erheblich gestärkt – quasi als Brückenkopf und Vermittler des Westens in die arabisch-moslemische Welt. Doch die Pläne scheiterten. Zwar ziehen Saudi-Arabien und die Türkei am gleichen Strang bei dem Versuch, Assad zu stürzen; sie bleiben aber Rivalen beim Kampf um eine Dominanz in der Region. Statt ihre moslemischen Brüder, die sie als religiöse Konkurrenz betrachten, unterstützten die Saudis den Militärputsch von General Sisi gegen Mursi, den frei gewählten Präsidenten Ägyptens. Dessen Militär betrachten sie als einzige Kraft zur Sicherung der Stabilität in der Region. Die Blockade des Gaza-Streifens durch die ägyptische Armee wurde weiter aufrecht erhalten, im Interesse Israels. Der türkischen Regierung blieb nach diesem Misserfolg nichts weiter übrig, als zu versuchen die Differenzen und das angespannte Verhältnis zu Israel wieder zu normalisieren.

Die innenpolitischen Erwägungen der AKP-Regierung sind eng verknüpft mit dem Kampf gegen die kurdischen Autonomiebestrebungen im eigenen Land. Mit Argwohn werden seit jeher in Ankara die Autonomiebestrebungen in den Nachbarstaaten beobachtet und bekämpft. Mit der Intervention in den Bürgerkrieg verfolgte die Türkei daher von Anfang an zwei Ziele: Neben dem Sturz von Präsident Assad sollte sie zugleich der militärischen Zerschlagung der autonomen kurdischen Gebiete in Syrien dienen – eine Aufgabe, die hauptsächlich dem Islamischen Staat zufallen sollte. Das autonome, von der YPG kontrollierte, Rojava gewann rasch an politischer Ausstrahlung auf die Bevölke-

---

---

## **Die Beziehungen zwischen der Türkei und Syrien**

»Die NATO-Mitgliedschaft der Türkei und anhaltende Konflikte über die Nutzung des Euphratwassers charakterisierten die Distanz beider Staaten über Jahrzehnte. Hinzu kommt, dass die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), – wie auch die irakischen kurdischen Organisationen – lange Zeit in Syrien im Exil sein konnten, wodurch beide Staaten am Rande kriegerischer Auseinandersetzungen standen. Erst als Präsident Hafes al Assad unter großem westlichen Druck (1998) das Adana-Abkommen unterzeichnete, den PKK-Führer Abdullah Öcalan des Landes verwies und die Türkei infolge dessen – mit Unterstützung der CIA und des israelischen Geheimdienstes Mossad – Öcalan entführen und in der Türkei inhaftieren konnte, beruhigte sich die Lage entlang der 900 km langen türkisch-syrischen Grenze. [...] Ende 2004 wurde ein Freihandelsabkommen zwischen der Türkei und Syrien abgeschlossen.«

**Karin Leukefeld in »Flächenbrand«,  
2. erw. und aktualisierte Auflage 2016)**

---

---

rung in den kurdischen Metropolen der Südosttürkei und auf große Teile der türkischen Linken. Als mit Duldung der türkischen Armee die nur wenige Kilometer von der Grenze entfernte Stadt Kobane vom IS angegriffen und großteils zerstört wurde, kam es zu Massendemonstrationen in den kurdischen Städten der Türkei, die vom Militär blutig niedergeschlagen wurden. Der syrische Bürgerkrieg war in die Städte der Südosttürkei übergeschwappt. Die AKP-Regierung kündigte im Juli 2015 die Friedensgespräche mit der PKK endgültig. Seither führt das türkische Militär einen erbarmungslosen Feldzug gegen die aufständische Bevölkerung in Diyarbakir, Cizre etc.

### **Syrien, Israel und die besetzten Golanhöhen**

In den vergangenen Jahren haben sich die israelischen Regierungen allen Bemühungen der USA widersetzt, die gescheiterten Friedensverhandlungen im Nahen Osten wieder zu beleben: durch eine beständige Ausweitung der Siedlungspolitik, durch die vollständige Blockade des Gaza-Streifens, durch den Feldzug gegen den Libanon 2006 und durch die Gaza-Kriege 2008 und 2014. Alle israelischen Regierungen haben sich strikt geweigert, die 1967 besetzten Golan-Höhen zurück zu geben und schlossen dadurch einen Friedensvertrag mit und die Anerkennung durch Damaskus aus. Israel weiß um seine absolute militärische Überlegenheit gegenüber allen anderen Regionalmächten und seine überragende Bedeutung als Bündnispartner der USA und der NATO, auf die sie sich, bei allen Meinungsverschiedenheiten, im Ernstfall verlassen kann. So lehnte die Regierung Netanjahu den Atom-Deal mit dem Iran ab und versucht weiterhin die Einigung zu Fall zu bringen.

Die Ziele, die mit der westlichen Intervention in den syrischen Bürgerkrieg verfolgt werden, liegen auch im Interesse der israelischen Regierung. Schließlich soll der Einfluss des »Erzfeindes Iran« beschnitten und die libanesische Hisbollah entscheidend geschwächt werden. Die israelische Armee will sich allerdings nicht unmittelbar in den Bürgerkrieg hineinziehen lassen. Eine direkte Beteiligung Israels wäre kontraproduktiv angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und der zu erwartenden Proteste in den arabischen Nachbarstaaten. Allerdings gibt es eine



Grenzlinie, sollte die Regierung Netanjahu die Sicherheit der israelischen Grenzen oder der annektierten Golan-Höhen als gefährdet ansehen. Das machte sie unmissverständlich deutlich, als sie im Mai 2013 Damaskus bombardieren ließ, um, wie sie es darstellte, einen Nachschub-Konvoi für die Hisbollah zu zerstören.

### **Der Iran, der letzte regionale Verbündete der syrischen Regierung**

Seit dem Sturz des Schah-Regimes 1979 und der Übernahme der Regierungsmacht durch den religiösen und politischen Führer Chomeini sieht sich die Islamische Republik Iran den beständigen Versuchen gegenüber, einen erneuten politischen Machtwechsel zu erzwingen, um wieder eine prowestliche Regierung zu installieren bzw. den Aufstieg des Landes zu einer unabhängigen Regionalmacht zu blockieren und zu behindern.

Im ersten Golf-Krieg (1980 – 1988) zwischen dem Irak und dem Iran wurde der Irak sowohl vom Westen als auch von der damaligen Sowjetunion massiv aufgerüstet. Aus dieser Zeit datieren auch die engen Beziehungen zu Syrien, dessen Regierung unter Hafiz al-Assad, dem Vater von Baschar al-Assad, als einziges arabisches Land der Koalition gegen den Iran nicht beitrug.

Der ehemalige Verbündete, Saddam Hussein, wurde bereits 1991 (zweiter Golfkrieg) zum Gegner der USA, weil er sich nicht dessen Nahost-Ordnung unterordnen wollte, sondern seine eigenen regionalen Machtambitionen verfolgte, u.a. durch die Besetzung Kuwaits. Die dann 2003 erfolgte Invasion des Irak durch die USA und ihre »Koalition der Willigen« (dritter Golfkrieg) stärkte – nicht beabsichtigt, aber fast zwangsläufig – ihre regionale Machtstellung des Iran. Dessen ehemaliger Kriegsgegner wurde entscheidend geschwächt. Zudem normalisierte die Regierung in Bagdad unter Ministerpräsident al Maliki die Beziehungen zum Iran und pflegt seither enge Verbindungen zu Teheran.

Die Kontroversen um das iranische Atomprogramm rückten mit Beendigung des Irak-Krieges in den Vordergrund der Weltöffentlichkeit. Die 2006 von den UN beschlossenen Sanktionen, vor allem das von der EU 2012 verhängte Ölembargo, trafen die Wirtschaft des Iran schwer. Warum sollte die Regierung des Iran, die unter diesen Voraussetzungen um die Anerkennung als eigenständige Regionalmacht ringt, passiv die Entmachtung ihres einzigen Bündnispartners hinnehmen? Jedenfalls hätte sich ohne die Unterstützung aus dem Iran das Assad-Regime wohl kaum bis heute halten können.

So kämpfen nicht nur Einheiten der schiitischen Hisbollah-Milizen – im Straßenkampf erfahren – an dessen Seite. Die syrische Armee wird auch unterstützt durch Militärberater der iranischen Revolutionsgarden. Über Syrien läuft die Unterstützung der libanesischen Hisbollah-Miliz. Durch das Bündnis mit der Regierung in Damaskus und mit der Hisbollah-Miliz untermauerte der Iran seinen Anspruch, an einer zukünftigen Nahost-Regelung unter Einschluss des israelisch-palästinensischen Konflikts beteiligt zu werden.

### **Die militärische Einkesselung Russlands und sein militärisches Eingreifen in Syrien**

Auch die Motive von Präsident Putin und der russischen Regierung lassen sich nur erklären durch eine Rückschau auf die vergangenen Jahrzehnte. Seit dem Auseinanderbrechen des Warschauer Paktes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich die NATO – trotz gegenteiliger Vereinbarungen bei den 2+4-Verhandlungen – immer weiter nach Osten ausgebreitet, bis an die russische Grenze. »Auf dem Gipfeltreffen 2002 in Prag beschloss die NATO die größte

Erweiterung in ihrer Geschichte. Am 29. März 2004 wurden Bulgarien, Rumänien, Slowakei und Slowenien neue NATO-Mitglieder. Mit Estland, Lettland und Litauen wurden erstmals auch ehemalige Sowjetrepubliken Mitglieder der NATO und mit Slowenien erstmals auch eine ehemalige jugoslawische Teilrepublik.«<sup>5</sup> Auch in den ehemaligen Sowjetrepubliken Zentralasiens und des Kaukasus versuchen die USA und ihre europäischen Verbündeten Einfluss zu erringen. »Seit 1994 erhält Georgien Militärhilfe und seit 2002 sind US-Militärausbilder für verschiedene Programme in Georgien tätig. Ab 2004 war das Land mit 2500 Soldaten im Irak vertreten.«<sup>6</sup>

Nur allein diese beiden Beispiele verdeutlichen die enorme Verschiebung des Kräfteverhältnisses durch die NATO. Russland tritt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr als Vertreter eines alternativen Gesellschaftssystems, sondern als kapitalistischer Konkurrent in Erscheinung. Damit ändern sich zwar die inneren Triebkräfte – und selbstverständlich auch unser politisches Verhältnis zu Russland –, nicht aber die geografische Lage des Landes und seine daraus resultierenden strategischen Interessen. Wollte sich die russische Regierung nicht in die Rolle einer Regionalmacht am Rande Europas drängen lassen, musste sie darauf reagieren.

Den letzten Anlass bildete die Installierung einer proeuropäischen Regierung in der Ukraine, kräftig gefördert und ermöglicht durch die Unterstützung aus Washington und aus den Hauptstädten in der EU. Es drohte nicht nur die Einbindung des Landes in EU und NATO, sondern auch der Verlust des wichtigsten Hafens der russischen Kriegsmarine auf der Krim. Die russische Armee griff ein, durch die Besetzung der Krim und ihre (Wieder-)Eingliederung in die russische Föderation, sowie durch die Unterstützung der Aufständischen im Osten der Ukraine (Donezbecken) und deren Autonomiebestrebungen.

Die gleichen geostrategischen Überlegungen waren entscheidend für den Entschluss, zu Gunsten seines letzten Verbündeten im Nahen Osten militärisch einzugreifen. In Tartus, der zweitgrößten Hafenstadt Syriens, verfügt die russische Kriegsmarine über ihren einzigen Stützpunkt im Mittelmeer. Sicher spielt auch das Erstarken des islamischen Staates eine, wenn auch untergeordnete Rolle. Er kann seine Kämpfer auch aus der moslemischen Bevölkerung Russlands und der nun unabhängigen ehemaligen Sowjetrepubliken rekrutieren und wird damit zu einer potentiellen Bedrohung von deren innerer Sicherheit.

### **Schwierige Verhandlungen in Genf**

»Die beiden großen Syrien-Konferenzen der UN, im Juni 2012 und im Januar 2014 in Genf, sind gescheitert, weil die »Freundes des syrischen Volkes« auf einer Übergangsregierung bestanden, der Assad und idealerweise das gesamte Regime nicht mehr angehören sollten. Warum hätte er sich, warum hätten sich Russland und der Iran darauf einlassen sollen?«<sup>7</sup> Zur ersten Konferenz war der Iran gar nicht erst eingeladen, zur zweiten, auf Druck der USA, kurz vor Konferenzbeginn durch Ban Ki-moon wieder eingeladen.

Drei Faktoren dürften entscheidend gewesen sein für die internationale Anti-Assad-Koalition, sich diesmal auf eine Feuerpause und Friedensgespräche einzulassen: die militärischen Erfolge der syrischen Armee, auch Dank der Unterstützung aus dem Iran und Russland; das Erstarken des IS und, wie schon erwähnt, die Gefahr einer direkten Konfrontation der NATO mit Russland. Der Abschuss einer

5) wikipedia

6) wikipedia

7) Michel Lüders in seinem 2015 erschienen Buch: »Wer den Wind sät...«

Suchoi Su-24 der russischen Luftwaffe am 24. November 2015 durch die Türkei zeigt, wie hoch diese Gefahr ist.

Die Gespräche finden statt vor dem Hintergrund einer bisher beispiellosen Aufrüstung in allen Staaten des Nahen Ostens. Die regionalen Kriege und Bürgerkriege heizen die Rüstungsspirale – und dadurch das gegenseitige Misstrauen – weiter an. Schon die Differenzen um die Teilnahme an den Genfer Friedensgesprächen zeigen, wie schwierig es sein wird, eine Kompromisslinie zu finden. Die im Nationalkomitee zusammengesetzten, untereinander zerstrittenen Oppositionsgruppen haben ein hohes Verhandlungskomitee (HNC) mit Sitz in Riad gegründet. »Der Westen, darunter auch Deutschland und die USA, forderten die Opposition zur Teilnahme auf. Saudi-Arabien und die Türkei hingegen sprachen sich gegen eine Teilnahme aus. Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan riet den Regimegegnern öffentlich, den Friedensgesprächen fernzubleiben [...]. Eine Teilnahme an den Verhandlungen zu den derzeitigen Bedingungen sei ein »Verrat« an den Kämpfern an der Front.«<sup>8</sup>

»Dem [...] HNC gehören unter anderem 30 Gruppierungen an, die bewaffnet in Syrien kämpfen. Dort verfügt der HNC allerdings über wenig Unterstützung. Trotzdem stellt er bei den Genfer Gesprächen die einzige Delegation der syrischen Opposition. [...] Andere Gruppen werden lediglich gehört, nicht aber als Verhandlungspartner in Genf akzeptiert. Zu diesen gehören das Beratungskomitee der syrischen Frauen sowie die innersyrischen Oppositionsgruppen. Ausgeschlossen bleiben weiterhin die Repräsentanten der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD), die gemeinsam mit dem Syrischen Demokratischen Rat (SDC) beansprucht, als Verhandlungspartner in Genf einbezogen zu werden.«<sup>9</sup> Die türkische Regierung hat sich in dieser Frage durchgesetzt. Sie setzt ihren militärischen Kampf gegen kurdische Autonomiebestrebungen fort. Dem soll auch die Forderung nach einer 10 km breiten Sicherheitszone in Syrien dienen. Diese würde wohl kaum, wie behauptet, der Sicherheit der Flüchtlinge, sondern der türkischen Armee dienen im Kampf gegen die Autonomiebestrebungen der Kurden sowohl in Syrien als auch in der Türkei selbst.

Während die NATO und Russland durch die Gespräche in Genf versuchen, in Syrien einer direkten militärischen Konfrontation aus dem Wege zu gehen, wird der strategische und taktische Aufmarsch weiter vorangetrieben.

8) Deutschlandfunk vom 29.01.2016

9) Karin Leukefeld in »junge welt« vom 22.03.2016

Die NATO beschloss die Entsendung einer Panzerbrigade nach Osteuropa. Die russische Regierung kündigte entsprechende militärische Gegenmaßnahmen an. Zugleich verschärften sich die Konflikte an anderen Brennpunkten. Die Kämpfe in der Ukraine eskalierten erneut. Um die Region Bergkarabach im Kaukasus brachen die heftigsten militärischen Auseinandersetzungen seit 1994 aus. Während Armenien sich auf die Unterstützung Russlands stützt, sieht sich die Türkei als Schutzmacht von Aserbeidschan. Die verschärften Spannungen zwischen Moskau und Ankara nach dem Abschuss des russischen Kampfflotts durch die türkische Luftwaffe nehmen weiter zu. Die Bombardierung von IS-Stellungen in Syrien nicht nur durch die russische Luftwaffe, sondern auch durch die Schwarzmeerflotte war auch als Warnung gedacht. Die Regierung in Moskau wird nicht hinnehmen, wenn die Türkei versuchen sollte, die Bewegungsfreiheit der Schwarzmeerflotte einzuschränken, die auf dem Weg in das Mittelmeer den Bosphorus und die Ägäis passieren muss.

### Die Friedensbewegung in Deutschland und der Krieg in Syrien

Auf den diesjährigen Ostermärschen wurden die Forderungen nach einem Stopp der bundesdeutschen Waffenexporte, nach einer Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr und der aggressiven NATO-Expansion gestellt. Auch wenn die Beteiligung gegenüber den Vorjahren leicht anstieg, die deutsche Friedensbewegung ist weit davon entfernt, breitere Teile der Bevölkerung mobilisieren zu können. Ihre Forderungen spiegeln sich in der Öffentlichkeit und in den Medien kaum wider.

Anders sieht es um den schmutzigen Flüchtlingsdeal mit der Türkei aus. Er stößt auf breitere Kritik. Die Bereitschaft mitzuhelfen bei der Sicherung der Außengrenzen der EU, u.a. vor den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien, wird nicht nur versilbert. Die Regierung in Ankara erhält de facto freie Hand bei der Beseitigung der Pressefreiheit und der Unabhängigkeit der Justiz – vor allem aber bei ihrem Krieg gegen die kurdische Autonomiebewegung.

Der Kampf der kurdischen Bevölkerung in Syrien (Rojava) und im Südosten der Türkei wurde zu einem Bezugspunkt, nicht nur für die Linke in der Türkei. Daran können wir anknüpfen, beispielsweise indem wir deren Aktivitäten in Deutschland unterstützen, durch Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen. 20.4.16 ■





## Dokumentiert:

# Die politische Instrumentalisierung der Flüchtlinge durch die türkische Regierung

Günter Seufert, SWP-Aktuell 98, Dezember 2015:  
»Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise«,  
Seiten 5-6

»Als die EU gemerkt hat, wie entschlossen die Türkei ist, hat sie zur Geldbörse gegriffen. Ich hatte es doch gesagt: Wir öffnen die Grenzen und jagen euch die Flüchtlinge auf den Hals.« Mit diesen Worten kommentierte Burhan Kuzu, einer der Chefberater von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, die vorläufige Einigung zwischen der EU und der Türkei vom 29. November 2015 in Brüssel. Erdogan selbst hatte zwei Wochen vorher in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtensender CNN nicht nur die Europäer beschuldigt, sie legten es darauf an, dass »die Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken«, sondern auch drohend die Frage gestellt: »Was geschieht wohl, wenn 2,2 Millionen Flüchtlinge nach Europa marschieren?«

Bereits am 7. September 2015, kurz bevor Flüchtlinge in großem Stil begannen, von der türkischen Ägäisküste aus auf griechische Inseln überzusetzen, hatte der Chefredakteur der Tageszeitung Yeni Safak, semi-offizielles Parteiorgan der regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), der EU eine erste Warnung gesandt. Sein Kommentar trug den Titel: »Macht die Tore auf, Millionen sollen nach Europa strömen!« Darin hieß es: »Ein großer Marsch soll nach Europa einsetzen, aus Anatolien, von den Küsten des Mittelmeers, ... aus Afghanistan und Syrien, aus Mesopotamien und Nordafrika, ... in die Hauptstädte Europas ...« Zwar ist der Chefredakteur als Eiferer bekannt, doch hat die türkische Regierung die Flüchtlingskrise tatsächlich mehr als einmal politisch instrumentalisiert.

Bereits die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien geschah nicht nur aus humanitären, sondern auch aus politischen Erwägungen. Im September 2012 gab Erdogan seiner Hoffnung Ausdruck, in Kürze in der Omayyaden-Moschee von Damaskus das Ritualgebet verrichten zu können. Ankara rechnete mit einem baldigen Sieg der Rebellen und dem anschließenden Ende des Krieges. Auf der Ebene der Politik sollte die tatkräftige Unterstützung für die sunnitische Opposition und auf der Ebene der Bevölkerung die großzügige Aufnahme der Flüchtlinge sicherstellen, dass die Türkei nach dem Krieg zur bestimmenden Macht im neuen Syrien werde.

Die Türkei hielt die Grenze nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für syrische und internationale Kämpfer offen. Wie der türkische Kommentator Murat Yetkin am 15. Januar 2015 treffend feststellte, war die Politik der offenen Grenze auch Teil der türkischen Strategie, Assads Sturz zu beschleunigen.

Internationalem Druck, die Grenze besser zu schützen und den Übertritt dschihadistischer Kämpfer aus aller Herren Länder zu verhindern, wurde mit Hinweis auf die Not der Flüchtlinge begegnet, wie es etwa Ministerpräsident Ahmet Davutoglu am 10. Januar 2015 in Berlin tat, unmittelbar nach den Pariser Anschlägen

auf das Satiremagazin Charlie Hebdo, eine Polizistin und einen koscheren Supermarkt.

Dass die Türkei sich lange nicht um internationale Unterstützung bemühte, sondern ihre Flüchtlingspolitik in eigener Regie und unter peinlicher Abschottung gestaltete, nährt den Verdacht, dass die Flüchtlingslager und ihre Umgebung als Rückzugs- und Regenerationsort für die Rebellen genutzt wurden.

So verweigerte die Türkei in den ersten Jahren selbst türkischen Nichtregierungsorganisationen und dem UNHCR den Zugang zu den Lagern und war nicht bereit, die Mindeststandards an Transparenz zu erfüllen, die in der internationalen Flüchtlingszusammenarbeit üblich sind. Die Behandlung der Flüchtlinge erfolgte eine Zeit lang gemäß Erlass 62/2015, der nie veröffentlicht worden ist und dessen Inhalt selbst vor den Abgeordneten des Parlaments geheim gehalten wurde.

Im Jahre 2012 drängte denn auch Metin Corabatir, damals UNHCR-Sprecher in der Türkei, darauf, grenznahe Flüchtlingslager zu verlegen. Ihre militärische Nutzung solle ausgeschlossen werden.

Die türkische Regierung hat die hohe Zahl von Flüchtlingen außerdem dazu genutzt, ihre seit 2012 wiederholt erhobene Forderung nach einer Flugverbotszone zur Schwächung der syrischen Luftwaffe und zur Unterstützung der Rebellen humanitär zu begründen und ihr so Nachdruck zu verleihen. Den letzten Vorstoß in diese Richtung unternahm Ministerpräsident Davutoglu auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegungen in der Ägäis. Am 27. September 2015 schlug er vor, einen rund 80 Kilometer langen Streifen westlich des Euphrats im Norden Syriens von den Truppen des »Islamischen Staates« zu »säubern«. Das Gebiet sollte zu einer sicheren Zone erklärt werden, in der die Türkei mit europäischer Finanzierung drei Flüchtlingsstädte mit einer Kapazität von jeweils 100.000 Personen aufbauen könnte. Die Fluchtbewegung in der Ägäis habe Europa deutlich gemacht, so Davutoglu, welche große Leistung die Türkei bisher erbracht habe und wie unverzichtbar sie für das Management der Flüchtlingskrise sei.

So oft hat die türkische Regierung in den letzten Jahren versucht, ihre Strategie im Syrienkrieg als mit den Interessen der Flüchtlinge deckungsgleich darzustellen, dass selbst türkische Kommentatoren davor warnen, sie sei drauf und dran, ihren durch die Aufnahme der Flüchtlinge gewonnenen moralischen Kredit zu verspielen. ◼

# Seit mehr als 100 Jahren: Brennpunkt Naher Osten



Francois Picot · Mark Sykes

**Manche Ursachen des gegenwärtigen Krieges in Syrien liegen fast einhundert Jahre zurück. Erst die Rückschau ermöglicht es, die Instabilität vieler Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (NMO) und die Interessen der Einfluss nehmenden auswärtigen Mächte zu verstehen. Dieser Beitrag will einen knappen Überblick über die Grundzüge dieser geschichtlichen Entwicklung geben und kann eingehendere Lektüre nicht ersetzen. Wir verweisen deshalb in einem Kasten auf einige aus unserer Sicht empfehlenswerte Bücher zur neueren Geschichte dieser Länder, deren bestimmendes Schicksal ihre geographische Lage und ihr Rohstoff-Reichtum, insbesondere an Erdöl, und das Interesse der kapitalistischen Großmächte daran war und ist.**

Vor dem I. Weltkrieg lag für die westeuropäische Bourgeoisie die Bedeutung des Mittelmeers und seiner arabischen Anrainerstaaten vor allem in deren Funktion als Brücke zu den Reichtümern Indiens und Ostasiens. Für den damaligen Welthandel war dieser Wirtschaftsraum selbst wenig bedeutend. Die kapitalistischen Großmächte Großbritannien und Frankreich sahen das technisch und militärisch rückständige Osmanische Reich (den »kranken Mann am Bosphorus«) weniger als Bedrohung für ihre Interessen an denn als stabilisierenden Faktor, der im arabischen Raum für Ruhe und Ordnung sorgte. Für die britische Krone war vor allem entscheidend, dass der Seeweg nach Indien von Störungen frei blieb. Wo, wie im Falle Ägyptens, wegen des Suez-Kanals und der Baumwolle unmittelbar britische Interessen berührt waren, handelte die Regierung ihrer Majestät allerdings auch ohne Rückkoppelung mit Istanbul durch ihr Büro in Kairo.

Diese Sicht änderte sich während des Krieges dramatisch. Hauptgrund war der innere Zerfall des Osmanischen Reichs. Das Sultanat hatte, der Not gehorchend, seit dem 19. Jahrhundert Strukturreformen zur Modernisierung seines Militärs durchgeführt. Das war unter anderem zu Lasten der alten Militärkaste, der Janitscharen, gegangen; sie wurde entmachtet. Die neuen Offiziersränge, die an technischen Hochschulen ausgebildet waren und die Erfahrungen bei den Streitkräften Englands, Frankreichs, Russlands und auch des Deutschen Reichs sammeln konnten, wurden zur gesellschaftlichen Opposition im eigenen Lande und stürzten schließlich den letzten Sultan, Mehmed VI. Ein weiterer maßgeblicher Grund für die veränderte Sicht

auf den Nahen und Mittleren Osten war die Erfahrung aus dem I. Weltkrieg als dem zugleich ersten vollmotorisierten Landkrieg, dass der Besitz von und die Kontrolle über die Erdölvorkommen in der Region in Zukunft kriegsentscheidend sein könnten.

Der sich abzeichnende Verfall des Osmanischen Reichs führte schließlich dazu, dass die drei Kriegsgegner des Deutschen Reichs, Großbritannien, Frankreich und das zaristische Russland, von der Vorstellung der Konservierung der osmanischen Herrschaft im türkisch-arabischen Raum Abstand nahmen und stattdessen die Gebiete unter sich aufteilten. Als nach der russischen Oktoberrevolution 1917 die neue Sowjetregierung alle Geheimabkommen veröffentlichte, wurden die Regierungsabsprachen über die Aufteilung des Sultanats unter dem Namen Sykes-Picot-Abkommen (benannt nach den Verhandlungsführern Englands und Frankreichs) international publik. In David Fromkins Buch wird ausgeführt, wie in den Jahren nach Unterzeichnung des Abkommens die britische Politik dazu tendierte, ihren französischen Partner auszumanövrieren; aus ihrer Sicht war Frankreich seinen Aufgaben nicht gewachsen. Gemeint war damit die Fähigkeit, die Region dauerhaft zu stabilisieren und die Kontrolle darüber zu behalten.

Die Vorstellungen der Fachleute aus dem britischen Kolonialamt und dem Außenministerium gingen dahin, eine Reihe von Nationalstaaten vorzusehen, möglichst als Monarchien. Als verbindenden Kitt, der die Gesellschaften in diesen Staaten zusammen halten sollte, stellten sie sich die Religion, also den Islam, vor. Eine einigende Rolle kam nach ihrer Vorstellung dem Herrscherhaus zu, auf dessen Territorium die heiligen Stätten Mekka und Medina liegen. Der saudischen Monarchie sollte in dieser Gedankenwelt damit die Rolle des Kalifen, also des Beschützers aller Gläubigen (Moslems), zufallen, die zuvor beim osmanischen Sultan gelegen hatte.

Etwas vereinfachend kann man feststellen, dass die Diplomaten und Fachleute für den Nahen und Mittleren Osten ihre historischen Erfahrungen aus der europäischen Entwicklung mehr oder weniger bedenkenlos auf ihre Zukunftsplanung für andere Gesellschaften mit deutlich unterschiedlichen Geschichten und Kulturen übertrugen. Andererseits: Welche Vorbilder hätten ihnen sonst vorschweben sollen? Für die britische und französische Regierung ging es ausschließlich darum, willfährige und



nach innen durchsetzungsfähige Regierungen zu installieren, die ihnen verlässliche Vertragspartner sein konnten.

So, wie der Frieden von Versailles den Keim des kommenden II. Weltkrieges in sich trug, so trug die Nachkriegsordnung der imperialen Mächte Frankreich und Großbritannien im Nahen und Mittleren Osten von Beginn an den Keim des Misserfolgs in sich. Das Sykes-Picot-Abkommen spiegelte die Interessen seiner Signatarstaaten zum Zeitpunkt der Unterzeichnung. Die Interessen der arabischen Bevölkerung waren für sie von geringer Bedeutung. Aber die Zeiten hatten sich gewandelt. Die siegreiche Revolution in Sowjetrußland und die Außenpolitik der sowjetischen Regierung in den ersten Jahren beflügelten soziale Bewegungen in fast allen Ländern der sogenannten Dritten Welt, die sich gegen die Ausbeutung ihrer Länder durch die kapitalistischen Weltmächte wandten. Die europäischen Siegermächte des Krieges waren wirtschaftlich erschöpft und mussten auch bei ihren Militärausgaben sparen. Die Versprechungen, die sie während des Krieges ihrer Bevölkerung gemacht hatten, dass das Deutsche Reich als Verlierer die Kriegskosten erstatten würde, konnten nicht Wirklichkeit werden – was John Maynard Keynes in seinem Buch über die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages (von Versailles) bereits 1919 bewies.

Die neue imperiale Politik im Mittelmeerraum ging einher mit einer Überdehnung der eigenen Kräfte. Die von der britischen Krone anfänglich kritisch gesehene, nach Kriegsende allerdings unterstützte Landnahme der jüdischen Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung, die Gründung des jüdischen Staates Israel, schuf einen dauernden zusätzlichen Konfliktherd.

Am Ende des II. Weltkrieges mussten die europäischen kapitalistischen Siegermächte die weltpolitische Führungsrolle an die USA abgeben, deren Schuldner sie im Krieg geworden waren. Zudem stand ihnen ein sozialistisches Lager unter Führung der Sowjetunion gegenüber, die wenige Jahre nach Kriegsende auch über Atomwaffen verfügte. Die Zeit der Blockkonfrontation, des »Gleichgewichts des Schreckens« und des Kalten Krieges begann, und auch die Zeit der langanhaltenden antikolonialen Befreiungskriege. Der Weltkrieg hatte nicht nur die politische Weltkarte verändert, er hatte den politisch interessierten Schichten in den Kolonien die moralische, politische und ökonomische Schwäche ihrer Kolonialherren vor Augen geführt und er hatte in breiten Schichten der Bevölkerung die Bereitschaft gefördert, gegen deren Herrschaft aufzustehen.

Etwa Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts waren die alten europäischen Kolonialmächte aus allen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens herausgedrängt. An ihrer Stelle kämpften nun vor allem die USA und die Sowjetunion um politischen und wirtschaftlichen Einfluss, allerdings in Formen, die einen unmittelbaren militärischen Zusammenprall beider Weltmächte ausschlossen. Die USA sicherten ihren Einfluss insbesondere in den ölreichen Golfstaaten und dem Iran nach dem Sturz Mossadeghs. Israel war ihr »unsinkbarer Flugzeugträger«, ihr militärisches Standbein in der Region. Die Sowjetunion setzte im Konkurrenzkampf mit dem kapitalistischen Westen auf die antimonarchistischen Strömungen, die sich z. B. in Ägypten unter Nasser, hinter dem das Militär stand, und im Irak und Syrien unter den (»sozialistischen«) Baath-Parteien durchgesetzt hatten.

Die aus den antikolonialen Kriegen und Bürgerkriegen hervorgegangenen Regierungen strebten in der Regel vorrangig die Modernisierung ihrer Wirtschaft an. Sie sahen darin eine Möglichkeit, innere soziale Spannungen und äußere Abhängigkeiten zu verringern. Mit wenigen Aus-

nahmen (Ägypten, Iran) handelte es sich nicht um historisch (aus Kriegen) gewachsene Staaten, geschweige denn Nationalstaaten, sondern um von außen geschaffene Staategebilde, die unterschiedlichste soziale Gemeinschaften kombinierten: Nomadenstämme, die mit ihren Viehherden große Strecken zurücklegten, sesshafte Bauernwirtschaften an Flüssen und in Oasen, alteingesessene Bergvölker mit eigenen Traditionen, städtische Bevölkerung, Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Religionen. Die alten Kolonialmächte hatten die Grenzen zwischen diesen Ländern nach ihren eigenen politischen und administrativen Bedürfnissen mit dem Lineal gezogen, mit wenig Rücksicht auf historische Gegebenheiten, Ethnien oder Traditionen, bestenfalls unter Berücksichtigung gewisser geographischer Gesichtspunkte.

Die Integration dieser Länder in die (kapitalistische) Weltwirtschaft schuf Gewinner und Verlierer. Es entstanden moderne Klassengesellschaften mit Proletariat und Bourgeoisie, die aber wichtige Unterschiede zu den europäischen Industriestaaten aufweisen. Der Familien- bzw. Clanverband spielt nach wie vor in den meisten arabischen Ländern eine große Rolle; er sichert in vielen Gesellschaften nach wie vor Macht und Loyalität ebenso wie das nackte Überleben unter widrigen Existenzbedingungen. Religionszugehörigkeit und -ausübung spielen eine größere Rolle – selbst in den Städten – als heutzutage in den westlichen Ländern. Die bourgeoise Klassenherrschaft erscheint verletzlich, ungefestigt; sie stützt sich auf konkurrierende Parteien, die das Produkt dominierender Familienclans sind oder auf offene oder verdeckte Militärdiktaturen. Die Stadtbevölkerung nimmt am politischen Leben teil, die bäuerliche Landbevölkerung, die Nomaden und die Bergbewohner bleiben davon weitgehend ausgeschlossen. In die aus diesem Zustand erwachsenden inneren und äußeren Konflikte griffen die beiden Großmächte in aller Regel nicht unmittelbar selbst militärisch ein; zu groß war die Befürchtung, dass sich aus einer direkten Konfrontation ein dritter Weltkrieg entwickeln könnte. Davon unberührt blieben Waffen- und andere Hilfslieferungen an die jeweils eigenen Verbündeten bzw. befreundeten Regierungen. Im allgemeinen überwog jedoch auf beiden Seiten das Interesse an einem stabilen »status quo« in der Region.

Der Untergang der Sowjetunion und damit das Ende der Blockkonfrontation brachten die Wende. Der »eingefrorene« Konflikt wurde aufgetaut: Die US-Regierung unter George Bush senior griff 1991 den Irak militärisch an unter dem Vorwand der Befreiung Kuwaits. Der »Spiegel« berichtete damals, dass die US-Botschafterin Saddam Hussein zum Einmarsch in Kuwait ermutigt hätte. Die irakische Führung konnte durchaus eine wohlwollende Haltung der amerikanischen Regierung unterstellen, die sie während des irakisch-iranischen Krieges militärisch mit Waffen und Aufklärung unterstützt hatte. Die Kurden in Nordirak nutzten deren Schwächung zu Aufständen, die – auch unter Einsatz von Giftgas gegen die Zivilbevölkerung – blutig niedergeschlagen wurden. Zwölf Jahre später, 2003, besetzten in einem zweiten Krieg unter Präsident Georg W. Bush US-Truppen den Irak unter dem Vorwand, dort Massenvernichtungswaffen aufspüren und unschädlich machen zu wollen.

Nach US-amerikanischen Vorstellungen sollte der Irak-Krieg vor allem drei Ziele erreichen: Er sollte US-Konzernen sicheren Zugriff auf das irakische Erdöl verschaffen; er sollte den Regionalmacht-Ambitionen Saddam Husseins, die im Konflikt mit den Machtansprüchen Saudi-Arabiens standen, ein Ende setzen; und er sollte die Region dauerhaft im amerikanischen Interesse stabilisieren. Indem die US-

Regierung ihre ersten beiden Ziele erreichte, verfehlte sie das dritte Ziel vollständig.

Der Sturz der Regierung Saddam Hussein und die Zerschlagung der sogenannten staatlichen Sicherheitsstrukturen durch die US-Besatzer schufen die Voraussetzungen für innerirakische Machtkämpfe, die schnell religiöse und ethnische Züge annahmen. Die Regierung Maliki setzte auf ein Bündnis mit dem Iran und begünstigte im Innern schiitische Bevölkerungsgruppen. Zu den kurdischen Gebieten im Nordirak, wo sich die ölfreiche Region um Kirkuk befindet und wo es lange schon Sezessionsbestrebungen kurdischer Warlords gab, unterhielt sie ein gespanntes Verhältnis. Die sunnitische Minderheitsbevölkerung war von der Beteiligung an den Staatsgeschäften weitgehend ausgeschlossen.

Der »Arabische Frühling«, der, von Tunesien Ende 2010 ausgehend, Massenbewegungen in einer Vielzahl arabischer Länder bezeichnet, entdeckte der Welt die soziale und politische Instabilität auch der anderen Regierungen des Nahen Ostens. Zu den dramatischsten Entwicklungen gehören der Bürgerkrieg in Libyen 2011, in den bald darauf Frankreich, Großbritannien und die USA eingriffen, um die Gaddhafi-Regierung zu stürzen; die Proteste in Ägypten, die den Rücktritt der Mubarak-Regierung erzwangen und in Wahlen die Muslim-Bruderschaft an die Regierung brachten, bis ein Militärputsch die heutige Regierung Sisi installierte. Und schließlich der Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien, in den ausländische Mächte in großem Umfang mit Geld und Waffenlieferungen eingreifen – die USA, Saudi-Arabien, Israel, die Türkei, Iran, Russland, Jordanien, Frankreich, Deutschland, um nur die wichtigsten zu nennen.

Es ist offensichtlich, dass jede Änderung des Status quo im Nahen Osten vitale Interessen nicht nur der unmittelbaren Nachbarstaaten, sondern auch der regionalen und der Weltmächte berührt. Die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass die großen Mächte durchaus in der Lage waren, bestimmte Arrangements zu konzipieren und auch gegen den Widerstand einiger arabischer Mitspieler durchzusetzen, so wie seinerzeit beim Sykes-Picot-Abkommen. Aber diese Regelungen erwiesen sich gleichzeitig als brüchig, weil die sozialen Widersprüche in der modernen arabischen Welt die Macht der einheimischen herrschenden Klassen und ihrer Regierungen bedrohen. Wie das Beispiel der Golf-Monarchien – insbesondere Saudi-Arabiens – zeigt, ist es äußerst kostspielig, die Ruhe beziehungsweise Zustimmung der eigenen Bevölkerung durch Staatssubventionen zu erkaufen; nur die wenigsten Regierungen sind dazu in der Lage. Und selbst dort können sie nicht verhindern, dass gefährliche oppositionelle Kräfte entstehen, wie das Beispiel al Qaida zeigt – abgesehen von Gefahren, die durch sinkende Staatseinnahmen drohen. Schon heute ist klar, dass eine Gebietsaufteilung Syriens nach konfessionellen Gesichtspunkten (Sunniten, Kurden, Aleviten, Christen), die bestimmte US-Berater erwägen, nicht den Frieden mit sich bringen würde, sondern stattdessen die Kriegsgefahr für die Zukunft potenzieren würde.

Die kapitalistischen Kolonialmächte der Vergangenheit haben im vergangenen Jahrhundert mehr oder weniger erfolgreich ihre Regierungsformen und Produktionsweisen, zugleich aber auch die modernen sozialen Klassen in den boomenden Städten und die modernen Kommunikationstechniken exportiert. Die Eingliederung in die moderne kapitalistische Welt hat auch die Bevölkerungszahlen und die Lebenserwartung der Menschen steigen lassen, ebenso wie das Bildungsniveau breiter Massen. Gleichzeitig wächst in diesen Ländern die Arbeitslosigkeit auch junger und gut

## Literaturhinweise

**Alan Palmer**, *Verfall und Untergang des Osmanischen Reiches*, Paul List Verlag München 1994; das Buch ist über amazon noch lieferbar. Palmer konzentriert sich im Wesentlichen auf die Zeit ab dem 18. Jahrhundert und schildert anschaulich den inneren Verfall der Sultanatsherrschaft und den Einfluss der europäischen Großmächte der damaligen Zeit auf den Untergang des Reiches.

**David Fromkin**, *A Peace to End All Peace, The Fall auf the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East*, Henry Holt New York 2009; diese Buch wurde leider bislang nicht ins Deutsche übersetzt, es ist über amazon lieferbar. Wie der Untertitel bereits ausweist, geht es in erster Linie um Gestaltung des Mittleren Ostens durch die kapitalistischen Siegermächte der beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts. Das Buch ist durchaus spannend und unterhaltsam geschrieben.

**Carsten Wieland**, *Syria – A Decade of Lost Chances, Repression and Revolution from Damascus Spring to Arab Spring*, Cune Press Seattle 2012; leider keine deutsche Fassung. Carsten Wieland, ein deutscher Diplomat, der im Mittleren Osten, darunter zwei Jahre in Syrien, im Einsatz war und fließend Arabisch spricht, analysiert hier die syrische Innen- und Außenpolitik unter der Regierung von Hafez al Assad und dessen Nachfolger Bashar al Assad. Der Titel verrät die Tendenz.

Unsere Leser werden erkennen, dass es sich bei den genannten Titeln nicht um marxistische Analysen handelt. Es sind gleichwohl sorgfältig recherchierte und materialreiche Werke, die für die eigene Meinungsbildung wertvoll sind und die wir deshalb glauben, guten Gewissens empfehlen zu dürfen.

Außerdem empfehlen wir das Buch von **Karin Leukefeld**, *Flächenbrand, Syrien, Irak, die arabische Welt und der Islamische Staat*, PapyRossa Verlag, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage 2016. Die Verfasserin ist freie Journalistin, die seit vielen Jahren aus der arabischen Welt berichtet und die den meisten unserer Leser bereits bekannt sein dürfte. Sie beschreibt die aktuelle Lage in Syrien und dessen Nachbarstaaten, die regionalen Interessen und Konkurrenzen in der Arabischen Welt, den Aufstieg und Fall der »Freunde Syriens« und den »Islamischen Staat« im Irak und in der Levante.

In die Jahre gekommen, aber nach wie vor ein bedeutender Beitrag zum Verständnis der politischen und sozialen Entwicklung des Nahen Ostens ist und bleibt **Hans Henle**, *Der neue Nahe Osten*, Suhrkamp 1972; über amazon erhältlich. Das Buch stellt »die gesamte Unabhängigkeitsbewegung der nahöstlichen und nordafrikanischen Staaten der islamischen Welt, einschließlich der Enklave Israel und der ethnischen und religiösen Minderheiten, im Wechselspiel mit den ehemaligen Kolonialmächten und den neuen Weltmächten zusammenhängend und mit fundierten Detailkenntnissen dar.« (Klappentext) ■

ausgebildeter Menschen, denen ihre Gesellschaften keine Lebensperspektive bieten.

Diese elementaren sozialen Probleme werden durch den Krieg nicht gelöst, sondern verschärft. ■





## Staatsterror gegen Kurden – Anmerkungen nach einer Reise

Die Wahrnehmungen während des Aufenthaltes Ende Januar in Sür, der Altstadt von Diyarbakir, kurdisch Amed, bestätigen das (im gewerkschaftlichen und betrieblichen Bereich allerdings nur unzureichend) Bekannte. Wir waren am Rande der belagerten Stadtteile untergebracht. Seit dem 3. Dezember 2015 herrschte wie vielerorts Ausgangssperre. Nach einer Unterbrechung von 17 Stunden ist sie seit dem 11. Dezember Dauerzustand – bis heute. Auch nachdem am 9. März 2016 die militärische Operation offiziell für beendet erklärt wurde, dauerte sie in mehreren Straßen Mitte April noch an. Mehr als 1,5 Millionen Menschen in den kurdischen Gebieten der Türkei wurden damit monatelang grundlegende Rechte auf Leben und Gesundheit versagt. Nachts gelegentlich einzelne Schüsse, beantwortet von Schnellfeuerwaffen und Granatwerfern.

Bereits ein erster Rundgang vermittelte die völlige Abriegelung der gesamten Altstadt durch hochgerüstetes Militär (Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Wasserwerfer), Polizei und bewaffnete Nichtuniformierte, teilweise vermmumt – wie Bewohner erklären, Angehörige der staatlichen Sondereinheiten Esedullah Timleri, »über denen ein Schatten des Geheimnisvollen liegt. Sie dringen in die Häuser ein, zerstören, töten«, unter ihnen auch »Personen, die mit dem Islamischen Staat in Verbindung gebracht würden« (FAZ, 18.12.2015). Kampfhubschrauber vervollständigten den Aufmarsch.

Die umkämpften Viertel waren während der dreimonatigen Kämpfe von jeglicher Versorgung abgeschnitten, ohne Wasser (und damit ohne Abwasserentsorgung), ohne Strom und ohne Kontaktmöglichkeiten nach außen. Medizinische Hilfe für die Eingeschlossenen wurde unter Schusswaffeneinsatz verhindert. Auf einer Mahnwache, im Freien vor der Stadtmauer, berieten Ärzte und Sanitäter, auf welchen

Wegen trotzdem Hilfe möglich sei und wie Leichname, die seit Tagen, angefressen von Hunden, in der Nähe der Moschee lägen, geborgen werden könnten. Hungerstreikende Mütter harrten schon seit Wochen in einem Saal aus, an dessen Wänden sie Bilder von Kindern und Jugendlichen angebracht hatten – einige hielten die Abbildungen auch in ihren Händen: unsere Annahme, es gehe um die Freilassung dieser Kinder und Jugendlichen, erwies sich als falsch, es ging um die Herausgabe ihrer Leichname. Hintergrund: Opfer der Militäraktionen werden von offiziellen Stellen oder regierungshörigen Medien in der Türkei fast ausnahmslos als Terroristen oder getötete PKK-Kämpfer bezeichnet – entsprechen lässt man sie verschwinden. »Diese Mütter werden ihre toten Kinder nicht wiedersehen«, wurde uns erklärt. Familien, die in den angegriffenen Zonen verblieben waren, durften den einzigen Zugang an einem Kontrollpunkt nur mit so viel Lebensmitteln passieren, wie die Belagerer abschätzten, wie viel die Belagerten für den nächsten Tag benötigten – das Aushungern der Sur Verteidigenden war offenbar Teil des taktischen Vorgehens der türkischen Militärführung. Viele Bewohner der Altstadt sind inzwischen auf der Flucht, wenige hundert Meter von der Kampfzone entfernt wurden – auffallend unbehelligt vom Militär – LKWs mit dem Hab und Gut Flüchtender beladen.

Das Begehen selbst der westlichen Altstadtteile wäre uns ohne Begleitung eines HDP-Abgeordneten und einiger Bewohner nicht möglich gewesen – dank ihrer Unterstützung gelangten wir nach vorangegangener Leibesvisitation bis in die Gazi Caddesi, die Hauptstraße von Sur, und damit in die Nähe der Kampfzone, begleitet von Bewaffneten der Sondereinheiten. Waren die zuvor begangenen Straßen zwar durch Einschläge von Maschinengewehrsalven und



**Oben:**  
Einer der zahlreichen  
Elektro-Verteilerkästen.

**Links:**  
Milizionäre der Sondereinheiten

Granatwerfern gezeichnet, standen wir jetzt vor Ruinen als Folge des Beschusses mit Panzern, Mörsern und Kampfhubschraubern auf Häuser, in denen die Armee kurdische Militante vermutete, die schmalen Gassen durch Sprengungen teilweise zu Schneisen zum Durchfahren mit gepanzerten Fahrzeugen erweitert, Sandsackbarrikaden, Absperrungen, etliche Baudenkmäler der zum Weltkulturerbe gehörenden Altstadt beschädigt oder in Trümmern.

Im Stadtteil Sûr mit seinen 50-60.000 Einwohnern in der anderthalb Millionenstadt Diyarbakir »hausen die Ärmsten – überwiegend die Familien, die in die Städte gespült worden sind, als ihre Dörfer in früheren Jahrzehnten niedergebrannt wurden« (FAZ, 18.12.2015) – gemeint: in den 1990er Jahren, als die türkische Armee die PKK auszuschalten versuchte; die verwüsteten Dörfer ihrer früheren Heimat sind seitdem entleert. Etwa die Hälfte dieser Familien sind jetzt wieder auf der Flucht. Den Kampf aufgenommen haben überwiegend Jugendliche, deren Väter und Angehörige bei damaligen Kämpfen in großer Zahl ums Leben kamen, Jugendliche, vielfach ohne Aussicht auf Arbeit, ohne Perspektive für ihr künftiges Leben, organisiert in der Untergrundbewegung der »Patriotischen revolutionären Jugend« (YDG-H) und deren Frauenguerilla-Abteilung YPS-Jin.

Ihre Organisation, bereits vor Jahren in Diyarbakir legal gegründet, hatte sich im Juli 2015 gespalten, als der türkische Staat erneut gegen die PKK vorzugehen begann. Ein Teil arbeitet als »Demokratische Jugend« (Dem Genc) vorerst legal weiter, die YDG-H dagegen tauchte in den Untergrund ab, nahm, unterstützt von den »Zivilen Verteidigungseinheiten« (YPS), den bewaffneten Kampf gegen die staatlichen Sicherheitskräfte auf. Die PKK ist, wie uns auch von Journalisten zweier Sendeanstalten, HDP-Abgeordneten und von der Bevölkerung in Sur versichert wurde, bisher nicht an den Kämpfen in Sur und anderen Städten in Bakûr, dem Südosten der Türkei beteiligt, ihre Einheiten seien, wie auch bürgerliche Medien hierzulande

bestätigen, größtenteils noch in den von der türkischen Luftwaffe bombardierten Kandilbergen des Irak. »Bundeswehrsoldaten dürfen für die türkische Luftwaffe kurdische Stellungen ausspionieren – zumindest wenn es nach Merkel, Gabriel und Steinmeier geht.« (Jan van Aken, MdB/Linksfraktion, Schwerpunkt Waffenexporte und Friedenspolitik 21.04.2016)

Den nur wenigen Dutzend Kämpfenden auf kurdischer Seite, meist Jugendlichen – die uns genannten Zahlen bewegten sich zwischen 50 und 200 – gelang es, die eingeschlossenen Stadtteile monatelang gegen die zahlenmäßig und technisch weit überlegenen türkischen Streitkräfte, die unerwartet hohe Verluste erlitten, zu verteidigen. Sie konnten dabei die verschachtelte Architektur der Altstadt mit ihren schmalen, verwinkelten Gassen ausnutzen, sich zudem durch das Aufbrechen der Wände von Haus zu Haus nicht einsehbare Durchgänge verschaffen. Entscheidend für die Dauer ihres Widerstands war aber der Rückhalt seitens der Mehrheit der kurdischen Bevölkerung, der es, begünstigt durch Ortskenntnisse, offenbar gelang, die Eingeschlossenen trotz der Einkesselung durch die türkischen Truppen notdürftig mit Nahrung und Trinkwasser, möglicherweise sogar mit Waffen und Munition zu versorgen.

Kaum einer der Kämpfenden wird in Sur überlebt haben. Flucht aus dem Belagerungsring war so gut wie ausgeschlossen. Aufgabe angesichts drohender Folter und Exekution kaum denkbar. Widerstand bis zum letzten Atemzug – und dennoch nicht das Ende, sondern der Beginn einer Guerillabewegung im kurdischen Südosten der Türkei. Was in Sur geschah, ereignete und ereignet sich in vergleichbarer Weise in Cizre, Silopi, Sirnak, Nusaybin und weiteren Orten. Ein Einlenken der AKP-Regierung ist nicht absehbar.

Der Zerstörung des Herzens der kurdischen Metropole Diyarbakir und anderer Städte der kurdischen Teile des Landes folgt einem Konzept des Wiederaufbaus, das auf Vertreibung der bisherigen Bewohner angelegt ist: Etwa 80 Prozent von Sur (über 6000 Grundstücke, eine Fläche von über 180 Hektar) sollen beschlagnahmt, der Geschäftswelt geöffnet, mit verbreiterten Straßen zur Durchfahrt von Militärfahrzeugen und Erleichterung der Kontrolle versehen, anstelle der kurdischen Bevölkerung Basaris (Geschäfts-



leute, die, ob Türken oder Kurden, wegen ihrer finanziellen Einbußen meist auf Seiten der Regierung stehen), Türken oder aus Syrien Geflüchtete Sunniten unter Aufsicht der staatlichen Wohnungsbaubehörde TOKI in den Neubauten angesiedelt werden. »Neue Lebensräume müssen geschaffen werden«, so die an die Medien gerichtete Umschreibung der AKP-Ministerin für Umwelt und Stadtplanung, Fatma Güldemet Sari. Die Regierung Erdogans geht offenbar davon aus, dass der kurdische Widerstand allein militärisch nicht gebrochen werden kann, sondern nur, wenn auch die traditionellen sozialen und kulturellen Zusammenhänge staatlicher Aufsicht unterworfen werden. Ercan Ayboga, Mitglied der Stadtverwaltung in Diyarbakir: »Der türkische Staat will nicht nur den Aufstand niederschlagen, sondern ihm die Basis nehmen, die demografische Struktur in Städten ändern.« (ND, 17.04.2016) ) Einer Erklärung des türkischen Gesundheitsministeriums nach waren bis zum 27. Februar bereits über 350.000 Menschen gezwungen, ihre Wohnorte zu verlassen. Ihre Zahl dürfte sich seitdem erheblich erhöht haben.

1984 hatte die Arbeiterpartei Kurdistans, PKK, den bewaffneten Kampf gegen die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung mit dem Ziel eines eigenen, von der Türkei unabhängigen Staates aufgenommen. »Bis in die neunziger Jahre war die Unterdrückung der Kurden durch die türkischen Regierungen, die Verweigerung der elementaren Grund- und Menschenrechte, die Leugnung ihrer kurdischen Identität, ja, ihre faktische Kolonisierung so offensichtlich, dass die PKK durchaus den Charakter einer Befreiungsbewegung hatte. Sie führte damals einen legitimen Kampf. Doch haben ihr weder die UNO noch die tonangebenden europäischen Staaten diesen völkerrechtlich privilegierten Status eingeräumt. Die Staaten folgten ihrem NATO-Partner Türkei, der die PKK nicht als legitime Vertreterin des kurdischen Volkes anerkannte und ihren Kampf als Terrorismus einstufte.« (Norman Paech, 19.01.2016).

Mitte der 1990er Jahre reduzierte die PKK ihre Forderungen, erklärte ihre Bereitschaft den bewaffneten Kampf

einzustellen, und über Autonomie und Selbstverwaltung innerhalb des türkischen Staates zu verhandeln. Die Verhandlungen, vielfach auch als Friedensgespräche bezeichnet, die die türkische Regierung mit dem 1999 gefangen genommenen und seitdem auf der Insel Imrali im Marmarameer inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan seit Beginn der Kämpfe um Kobanê und Rojava führte, wurden im Juli 2015 eingestellt, der Krieg gegen die kurdischen Bevölkerung wiederaufgenommen. Öcalan war bereits seit Dezember 2014 nach Inkrafttreten verschärfter Sicherheitsgesetze von jeglichen Kontakten isoliert. Öcalan ist von jeglichem Kontakten isoliert. »Was bis 1996 als Aufstand der kurdischen Bevölkerung gegen die türkische Staatsmacht, als Kampf um einen eigenen Staat gesehen werden musste, hat sich nun in einen Verteidigungs- und Überlebenskampf gewandelt. Weder die PKK noch die kurdische Bevölkerung führen Krieg, sondern der türkische Staat, und zwar in Form eines offenen Terrorfeldzuges. Staatschef Erdogan und Ministerpräsident Davutoglu sprechen offen von »säubern« und »auslöschen.« (Norman Paech, s.o.)

Anlass für Erdogan und seine AKP-Regierung, den Dialog mit den Kurden abubrechen und ihre militärische Bekämpfung wiederaufzunehmen, war zum einen seine Weigerung das Wahlergebnis vom 7. Juni zu akzeptieren. Die AKP hatte ihre absolute Mehrheit verloren – sein politisches Ziel die Regierungsform der Türkei in eine Präsidialdemokratie durchzusetzen, war gescheitert. Mit dem unerwarteten Wahlerfolg von mehr als 10 Prozent der überwiegend von kurdischen Wählern getragenen HDP (Halkların Demokratik Partisi – Demokratische Partei der Völker), die damit die Sperrklausel übersprungen hatte, war die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit dahin. Erst mit der von 2019 (!) auf den 1. November 2015 vorgezogenen Wahl, vor der es zu schweren Ausschreitungen gegen Abgeordnete und Zerstörungen von Parteibüros der HDP gekommen war, deren Mitgliedern der Staatschef Unterstützung der PKK-Terroristen vorwarf, gelang es das Wahlergebnis zu korrigieren.

Die Korrektur des Wahlergebnisses vom 7. Juni wäre mit der auf den 1. November vorgezogenen Wahl, deren Legitimität und Durchführung auch zwar von der OSZE angezweifelt wurde, auch ohne Abbruch der Friedensgespräche und erneuten Terror gegen Kurden möglich gewesen. Der entscheidende Anlass dazu ergab sich aus den Ereignissen in Kobanê und Rojava. Der YPG, den Volksverteidigungseinheiten von Kurden in Nordsyrien, bewaffneter Arm der PYD (Partei der Demokratischen Union), vernetzt mit der PKK, war es nicht nur gelungen sich gegen die Angriffe des von der türkischen Regierung unterstützten IS zu verteidigen, sondern eine selbstverwaltete Zone entlang der türkischen Grenze zu behaupten. Ihr Kampf um Selbstbestimmung und Autonomie, die Schaffung räterepublikanischer politischer Strukturen fanden und finden vielerorts Niederschlag im kurdischen Südosten der Türkei, zudem Sympathisanten und Unterstützende auch in Universitäten und Gewerkschaften überwiegend türkischer Gebiete und mehreren Linksgruppierungen in der Türkei. Unter dem Vorwand »Säuberung des Staates von Terroristen«, auf den sich in Sur auch Militärs, die sich auf ein Gespräch einließen, beriefen, werden Bürger und Bürgerinnen der Türkei, die Forderungen nach Selbstverwaltung und Autonomie unterstützen, verhaftet und vor Gericht gestellt, Journalisten und Redakteure ihrer beruflichen Stellungen enthoben, gewählte Vertreter der HDP, darunter auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, bedroht und verfolgt. Seit die Verhandlungen über eine Integration der kurdischen Bevölkerung abgebrochen wurden und vom Scheitern ihrer Zwangsassimilierung

<https://m.youtubecomwatch?v=OZs25RJS3lQ>

bei dieser Eingabe findet sich im Internet eine achtminütige Kurzfassung der bislang nicht gesendeten filmischen »**Reportage aus den kurdischen Gebieten der Türkei**« (Diyarbakir, Silopi, Nusaybin) von Michael Enger, Kamera Uwe Ahlborn – aufgenommen während der geschilderten Reise. Die Rechte dafür sind frei, auch für Veranstaltungen.

Michael Enger arbeitet seit Mitte der 1990er Jahre als freischaffender Fernsehjournalist, Autor und Produzent und hat im In- und Ausland Reportagen, Dokumentarfilme und Magazinbeiträge für verschiedene Sendeanstalten gedreht, überwiegend Beiträge aus Krisenregionen: Kurdengebiete der Türkei, Syrien, Irak, Gaza und Westbank, Mazedonien und Kosovo, auch Mexiko, Ecuador, West-Papua/Indonesien. Mehrere seiner Filmberichte erhielten Auszeichnungen (»Der Rebell vom Tigerberg«, »Die Spur der Reifen«, »Contra El Silencio«).



Nach Angaben der UNESCO wurden u.a. 29.084 Kinder unter 12 Jahren festgenommen. Zur Zeit sind mehr als 2000 Kinder und Jugendliche in türkischen Knästen.



## Notizen des Fotografen dieser Bilder:

**9. März 2016** Bin gerade in Diyarbakir gelandet. Die gesamte Altstadt ist hermetisch abgeriegelt. Jeder, der hinein will muss sich körperlich durchsuchen lassen. Ich habe Glück, mein Hotel liegt zwar ebenfalls in der Altstadt aber mein Polizeibeamter kontrolliert mich äusserst oberflächlich.

Er weiß, wenn er bei einer Person etwas finden sollte, wäre die Situation nicht nur für die betreffende Person lebensgefährlich, sondern auch für ihn selbst.

Nur ein Teil der Altstadt ist zugänglich, niemand weiß, was in der östlichen Hälfte geschieht. Ob es dort noch lebende Menschen gibt. Wie viele der Häuser noch stehen. Niemand darf hinein. Fotografieren ist strengstens verboten. Es soll nicht wieder so hässliche Bilder geben wie in Cizre. Bilder von Innenstädten, die sich in keiner Weise von denen aus dem im Krieg zerschundenen Syrien oder dem zerbombten Gazastreifen unterscheiden.

**10. März 2016** Es sind keine Schüsse mehr zu hören. Nur noch die-

se regelmässigen Explosionen. Anscheinend gibt es im Osten nichts mehr, was man erschießen könnte. Es hört sich so an, als würden die letzten verbliebenen Häuser der Altstadt gesprengt. Kolonnen von LKWs fahren Bauschutt aus dem noch immer abgeriegelten Stadtteil. Was einst die Häuser der Bewohner waren, ist jetzt Geröll, zersplitterte Fensterrahmen, Betonplatten, und Stahlarmierungen... Dem ehemaligen Wildwuchs von kleinen Häusern und engen Gassen soll ein Ende bereitet werden. Es wurde angekündigt, dass in der historischen Altstadt schöne neue Wohnhäuser gebaut werden sollen, die von einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft verwaltet und kontrolliert werden. Wer unterschreibt, dass sein Haus von der PKK zerstört wurde und nicht von den Granaten und dem Maschinengewehrfeuer der Regierung, soll sogar eine Entschädigung bekommen, heisst es.

**11. März 2016** Am Eingang zu den weitläufigen Markthallen geriet ich dann unerwartet in eine Polizeikontrolle. Bei der körperlichen Durchsuchung fanden die Beamten in der Hosentasche eine Kamera worauf die bewaffneten Herren meinten, sie seien gezwungen, mich »Mohammed«, dem gefährlichen Terroristenkiller aus Elâzığ vorzustellen... begleitet er mich mit festem Griff von einem militärischen

auszugehen ist, droht aus Sicht der türkischen Regierung der Konflikt mit der Entwicklung in Rojava zur Klassenauseinandersetzung zu werden.

Aus der Stellungnahme des Oberkommandierende der kurdischen Volksverteidigungskräfte HPG (Hêzên Parastina Gel), dem militärischen Flügel der PKK, Murat Karayılan vom 28.03.2016: *»Als die türkische Armee gegen die städtischen Selbstverteidigungen vorging, warnten wir sie, dass wir intervenieren würden, wenn sie den Krieg in die Städte brächte. Sie setzten Panzer ein und zerstörten Städte, als sie die Jugendlichen angriffen, während diese ihre Viertel lediglich mit Schrotflinten und Kalaschnikows verteidigten. Ihr wahres Ziel war die Zerstörung der kurdischen Städte und die Niederschlagung der Bevölkerung und der Jugend durch ihre brutalen Angriffe. (...) Hätte die türkische Armee die Städte nicht angegriffen, dann müsste die Guerilla nun nicht intervenieren. (...) Die Forderung der Völker Kurdistan nach Autonomie ist legitim und ihr Widerstand gegen die Angriffe auf diese Forderung, ist der Widerstand der Demokratie und der Freiheit. Der Kampf um die Autonomie Kurdistans demokratisiert die Türkei, aber nun wird die Guerilla vor allem den Widerstand gegen den türkischen Staat unterstützen, der die Autonomiebestrebungen mit Panzern und Artillerie vernichten will.«*

Bei allen Gesprächen, die wir führten, immer wieder die kopfschüttelnd in resigniertem Ton geäußerte Frage, warum nimmt Europa das hin – gemeint vor allem die Regierungen in Berlin und Brüssel, nur von wenigen auf die Gewerkschaften bezogen. Dazu die Antwort des für die Türkei zuständigen Referenten von Bundesaußenmini-

ster Frank-Walter Steinmeier, Dr. Thomas Kurz, auf einen Appell, mit dem Norman Paech und Mahmut Sakar, stellvertretender Vorsitzender des Vereins für Demokratie und Internationales Recht, und mehrere Unterzeichnende die Bundesregierung aufforderten, das PKK-Verbot aufzuheben und *»ihren ganzen Einfluss bei der türkischen Regierung geltend zu machen und Druck auf sie auszuüben, die militärischen Angriffe sofort einzustellen und die Friedensgespräche mit Abdullah Öcalan für eine Friedenslösung wieder aufzunehmen.«*

Berlin, 27. Januar 2016: *»Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung im Südosten der Türkei mit großer Sorge. Die PKK verfolgt seit einiger Zeit die Strategie, ihren Kampf in die Städte zu bringen. Dafür missbraucht sie zahlreiche junge Menschen und zieht die Bevölkerung in Mitleidenschaft. Die PKK wird von der Europäischen Union als terroristische Organisation gelistet und ist gemäß Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes auch in Deutschland als ausländische terroristische Vereinigungen eingestuft.*

*Die Türkei hat das Recht und die Pflicht, ihre Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen. Dennoch sollte jede Möglichkeit der Deeskalation genutzt werden. In zahlreichen Kontakten mit der türkischen Regierung haben Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier wie auch Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel darauf gedrängt, auf die Angriffe der PKK maßvoll und verhältnismäßig zu reagieren und zu den bis Sommer 2015 relativ aussichtsreich verlaufenden Friedensverhandlungen zurückzufinden. Ein weiteres Andauern und eine Zuspitzung des Konflikts kann die gesamte Region in Mitleidenschaft ziehen.«*





Copyright für alle-Bilder auf dieser und der nächsten Seite: © Hinrich Schultze



Unterstand zum nächsten. Immerhin kann ich dadurch den Militäreinsatz mit all seinen Akteuren viel näher kennenlernen als wenn ich nicht festgenommen worden wäre. Ich sehe die schwer bewaffneten Trupps in das abgeriegelte Stadtviertel hineingehen und ich sehe die Trupps erschöpft zurückkehren. Niemand weiß, was sie in dem Stadtviertel machen. Es gibt keine Zeugen. Die letzten Zivilisten hatten sich vor Tagen aus den Kellern gemeldet. Jetzt ist alles still. Nur immer wieder diese Explosionen. Was mich erschreckt, ist, dass es in diesem Land keine Sicherheit geben kann. Jeder kann ein Spitzel oder Zivilpolizist sein. Und sie sind überall. Ob alt ob jung. Mann oder Frau. Gepflegt mit Anzug oder abgewetzten Klamotten. Mal als forscher Macker oder auch als schüchterner Milchbubi. Freundlich und harmlos aussehend... Denen man unter anderen Bedingungen sofort Vertrauen schenken würde. Wenn sie dann nicht plötzlich: »Ich hasse dieses verfickte Diyarbakir«, in ihren Bart murmeln oder lachend ihren Kameraden mit: »Mohammed ist unser bester Terroristenkiller« loben würden.

**12. März 2016** Es soll doch noch einige lebendige Personen in

Eine Antwort aus Ankara hätte kaum anders gelautet. »Der »westlichen Wertegemeinschaft« ist offensichtlich die Hilfe der Türkei bei der Abwehr der syrischen Flüchtlinge von den EU-Grenzen wichtiger, als das Schicksal der Menschen in Südostanatolien«, hatte Norman Paech bereits in Erwartung der zitierten Antwort konstatiert. Bleibt zu hinterfragen: Geht es der deutschen Bundesregierung bei ihren Verhandlungen mit der Erdogan-Regierung tatsächlich nur um die Begrenzung der Flüchtlingsströme? Der Kampf um Autonomie, Selbstbestimmung und politische Strukturen einer Räterepublik, der in Rojava begonnen und bereits über den kurdischen Teil hinaus auf die Türkei übergreifen droht, könnte zum Flächenbrand werden, der Grundwerte sowohl der Türkei als auch Europas gefährdet und gemeinsamer Abwehr bedarf. Der Terror gegen die kurdische Bevölkerung ist nicht nur als Willkürmaßnahme eines Staatschefs erklärbar, dem es um die Durchsetzung eines von ihm angestrebten Präsidialsystems geht, sondern sollte vor allem als Versuch wahrgenommen werden einer die gesamte Türkei ergreifenden Klassenausweitung zuvorkommen. Nur so werden auch die Reaktionen der deutschen Außenpolitik erklärbar. Innenminister Thomas de Maizière: »Alle, die uns jetzt sagen, man muss die Türkei von morgens bis abends kritisieren, denen rate ich, das nicht fortzusetzen. Wir haben Interessen. Die Türkei hat Interessen. Das ist ein wichtiger Punkt.«

Jugendliche, die sich jetzt auch den »Freiheitsfalken Kurdistans, Teyrebazen Azadiya Kurdistan (TAK)«, anschließen, bekunden zwar, sämtliche Ziele der Arbeiterpartei Kurdi-

stans zu teilen, werfen dieser aber eine zu unentschlossene Kriegsführung vor. Überlebenskämpfe, Aufstände und der Versuch der Regierenden, ihnen zuzukommen – »...der Feldzug ist noch nicht zuend« (Brecht). Die Frage, wohin sich Jugendliche hierzulande, wenn ihnen Arbeit und Lebensperspektive verweigert werden und sie keine Unterstützung aus Gewerkschaften und anderen Organisationen der Arbeiterschaft erhalten, bleibt zu beantworten.

Auf der Mahnwache für die Eingeschlossenen in Sur zitierte ein junger Sanitäter Zeilen von Nazim Hikmet. In deutscher Übersetzung:

»Die Luft ist schwer wie Blei  
Wenn ich nicht brenne, wenn du nicht brennst,  
wenn wir nicht brennen,  
wie kann  
die Finsternis erleuchtet werden.«

R., HH; 20.4.2016 ■





der östlichen Altstadt gegeben haben. Jedenfalls gibt die Polizeiführung nach länger andauerndem Gefechtslärm eine Erfolgsmeldung heraus. Es seien weitere 3 Terroristen »deaktiviert« worden. (»rendered ineffective«)

**13. März 2016** Der nordöstliche Teil der Altstadt ist heute für die zurückkehrende Bevölkerung geöffnet worden. Möglicherweise werden die dort eingesetzten Einheiten für die kurz bevorstehende Offensive in den Städten Yüksekova, Nusaybin und Sirnak benötigt. Mehr als 80 Panzer und weiteres Kriegsgerät der nach eigenen Angaben zweitgrößten Armee der Nato sind unterwegs um gegen die wenige hundert jugendlichen Mitglieder der autonomen Selbstverwaltung eingesetzt zu werden.

Inzwischen hat die Polizei die Eingänge in die zerstörten Stadtteile mit weißen Planen verhüllt. Anscheinend soll die Öffentlichkeit nicht durch den trostlosen Anblick erschreckt werden.

**15. März 2016** Wieder sind die ganze Nacht über Schüsse und schwere Explosionen zu hören... Am Morgen steht fest: Der Gefechtslärm kam nicht aus der Altstadt, sondern aus dem Stadtteil Baglar. Dort ist eine neue Ausgangssperre verhängt worden.

Der Stadtteil ist umstellt, noch immer sind Schüsse zu hören. Es brennt, Rauchsäulen stehen am Himmel. Vor dem Gästehaus der Stadtverwaltung haben sich einige Jugendliche in Solidarität mit den eingeschlossenen Menschen in Baglar versammelt. Schon nach wenigen Minuten hält ein schwarzes Panzerfahrzeug auf der gegenüber liegenden Straßenseite. Aus dem Fahrzeuginneren und aus dem Geschützturm heraus werden die Jugendlichen mit Tränengasgranaten beschossen und auseinander getrieben...

**19. März 2016** Der durch die Kämpfe zerstörte Teil Surs ist noch immer hermetisch abgeriegelt. Weiße Planen verbergen den Blick ins Innere des Viertels. Die Mütter der Verschwundenen bemühen sich bisher vergebens in dem aus der Stadt heraus transportierten Bauschutt nach den Überresten ihrer Verwandten suchen zu dürfen. Einige der in den Kellern eingeschlossenen Menschen waren wahr-

scheinlich durch den Einsatz von Planierraupen verschüttet worden. Morgens hatten sie sich noch per Handy gemeldet und um Hilfe gerufen, weil die Planierraupen immer näher kamen. Abends wurden dann wieder »deaktivierte«, also tote, »Terroristen« präsentiert (»rendered ineffective«).

**24. März 2016** Nach einem Stadtbummel werde ich schon wieder angehalten. Ich habe ein verbotenes Foto gemacht. Der Zivilpolizist erklärt mir, dass auf einem meiner Bilder im Hintergrund ein Haus zu sehen sei, in welchem ein Polizist wohnt. Und dass man Polizisten oder Häuser von Polizisten nicht fotografieren darf. Da dieser Staat voller Polizisten ist, kann man eigentlich das Fotografieren komplett einstellen. Weil immer irgendwo ein Polizist wohnt. Oder ein Polizist herumsteht. Erschwerend kommt hinzu, dass man überhaupt nicht weiß, ob man einen Polizisten fotografiert hat oder nicht. Denn es handelt sich um Geheimpolizisten die man gar nicht erkennen kann oder soll. Und damit nicht genug. Im Fernsehen wurde gestern verkündet, dass noch 15.000 neue Geheimpolizisten zur »Gefahrenabwehr« zusätzlich eingestellt werden sollen.

**3. April 2016** Wir haben es nach Cizre geschafft. Nach einem mehrmonatigen Beschuss durch das Militär sind weite Teile der Stadt verwüstet. 50.000 Menschen mussten in den vergangenen Monaten auf Grund der Ausgangssperre ihre Häuser verlassen. Hunderte starben in den Trümmern. Wer zurückkehren konnte, fand die Wohnungen zerschossen, geplündert, enteignet oder gar nicht mehr vorhanden vor.... Schwer bewaffnete Militärs führen eine Razzia durch. Doch niemand schaut hin. *»Wir können nichts machen. Wenn neben uns jemand verhaftet wird, wenn sie die Häuser beschießen, wenn die Kampfflugzeuge mit der tödlichen Last über unsere Köpfe hinweg donnern,«* flüstert einer der Passanten. *»Unsere einzige Hoffnung sind die Kämpfer in den Bergen. Nur sie können noch etwas ausrichten. Ohne sie wäre es alles noch viel schlimmer.«*

Die Ausgangssperre ist inzwischen gelockert worden, die aktuellen Kämpfe sind vorbei, aber regelmäßig kommt es hier noch zu schweren Explosionen durch Blindgänger. Heute sind dabei zwei Kinder gestorben.

Das Elend, welches der Staat verursacht hat, versuchen die Menschen in Eigenregie zu lindern. In den weniger vom Beschuss betroffenen Nachbarschaften rücken die Menschen zusammen um Platz für die Vertriebenen zu machen.

Die größte Not versucht die privat organisierte »Rojava Solidarity and AID Association« abzufangen: 10 000 Menschen, die Haus oder Familienmitglieder in den Kämpfen verloren haben, werden mit gespendeten Lebensmittelpaketen unterstützt. Ihre freiwilligen Baubrigaden versuchen die größten Schäden an den Häusern zu reparieren. Da die Not größer ist als die vorhandenen Ressourcen sind Geldspenden gerne gesehen. Auch aktive Mitarbeit beim Verteilen der Hilfsgüter sowie medizinische und handwerkliche Unterstützung vor Ort ist möglich.

**Infos, Mitarbeit und Hilfe:**  
**Rojava Solidarity and AID Association**  
<http://www.rojavadernegi.com>